

## 116. Sitzung 2. November 1999, 14.00 Uhr

Vorsitzender: Reinhard Gloor, Birr

Protokollführer: Urs Meier, Staatsschreiber-Stellvertreter

Tonaufnahme/Redaktion: Norbert Schüler

Präsenz: Anwesend 176 Mitglieder  
Abwesend mit Entschuldigung 24 Mitglieder

Entschuldigt abwesend: Bachofen Therese, Rothrist; Berger Erwin, Boswil; Binggeli Peter, Melligen; Bischoff Evi, Mühlethal; Fischer-Moor Julius, Oftringen; Gloor Walter, Niederlenz; Glur Walter, Glashütten; Heller Daniel, Aarau; Kocher Jan, Baden; Loeff Patricia, Hägglingen; Lüscher-Grieder Adolf, Oberentfelden; Mathys Hans Ulrich, Holziken; Meier Erwin, Wohlen AG; Meyer-Sandmeier Robert, Dintikon; Meyer Ueli, Schafisheim; Noser Daniel, Aarau; Piffaretti-Bopp Marianne, Wohlen AG; Plüss-Mathys Richard, Lupfig; Rothlin Werner, Wohlen AG; Rüeegger Kurt, Rothrist; Sacher Martin, Schinznach Dorf; Stieger Erich, Baden; Weiersmüller-Scheuzger Susanne, Rohr AG; Werthmüller Ernst, Holziken

*Vorsitzender:* Ich begrüsse Sie herzlich zur 116. Ratssitzung der laufenden Legislaturperiode.

### 1515 Ziele der kantonalen Fachhochschulpolitik; Kenntnisnahme; Verabschiedung von Leitsätzen; Auftrag an Regierungsrat

(vgl. Art. 1514 hievor)

*Vorsitzender:* Wir fahren mit der Beratung des Geschäftes der Morgensitzung fort. Ich begrüsse wiederum Herrn Dr. Alexander Hofmann, Adjunkt Fachhochschulen ED, der auf der Regierungsbank Einsitz genommen hat. Wir kommen zur allgemeinen Aussprache.

*Geri Müller, Baden:* Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünen. Wir treten klar für den Aufbau von Fachhochschulen ein. Dies haben wir in allen Vernehmlassungen, in unserer Bildungspolitik und in unseren nationalen Positionspapieren stets vertreten und tun dies heute noch. Fachhochschulen sind wichtige Forschungs-, Bildungs- und Weiterbildungsinstitutionen, die die universitäre grundlagenorientierte Bildung und Forschung sinnvoll ergänzen, aber auch entlasten sollen. Fachhochschulen gehören in den Aufgaben- und Finanzierungsbereich des Bundes. Er hat daher die Verantwortung dafür zu tragen, dass sowohl die Qualität als auch die Anzahl seiner Fachhochschulen stimmt. Die Kantone sollten nach den Vorgaben des Bundes in Regionen aufgeteilt werden und diese Aufgaben umsetzen. Dafür wurden 7 Regionen geschaffen, wobei der Kanton Aargau Teil der Region Nordwestschweiz ist. Wie in der Zwischenzeit der Weg verlaufen ist, hat Ihnen unsere Kommissionspräsidentin Frau Fischer auf eindruckliche Weise dargelegt. Eigentlich alles klar! Oder doch nicht ganz? Es hätte uns stutzig machen sollen, dass plötzlich alle für den Aufbau von Fachhochschulen sind. Ja, der Erziehungsdirektor Peter Wertli schien sogar alle verzaubert zu haben, dass alle in derartiger Weise auf das aargauische Fachhochschulgesetz

eingestimmt haben. Seine CVP, die damals doch noch die Verzichtspannung erfunden hatte, die FDP, die darin eine Kernaufgabe des Staates gesehen hat, ja sogar die SVP, die doch allem, was gebildet daherkommt, eher kritisch gegenübersteht und die SP, die traditionsgemäss den Christen nicht immer traut. Trotzdem: Die aargauische Fachhochschulgesetzgebung passierte den Grosse Rat und folgt komfortabel! Es war für alle etwas da: Technik, Wirtschaft und Gestaltung in der Fachhochschule I, Gesundheit, Soziales und Bildung in der Fachhochschule II. Leider lief das Ganze mit den Nachbarkantonen nicht so harmonisch ab. Die beiden Basel hatten, so wie der Aargau, bereits eine reiche Tradition auf der Ebene der höheren Fachhochschulen. Sie haben die Verbindung mit der Universität und arbeiten heute schon in ihrer Region international. Solothurn hat noch unter andern Umständen eine dem Bundesrat entgegengesetzte kantonale Fachhochschulplanung mit Zentrum Oensingen beim Volk verabschieden lassen. In dieser Situation trat der bevölkerungsmässig grosse Kanton Aargau auf, beanspruchte Führung in der Fachhochschulfrage, weil er so gross war und weil er noch keine Hochschule hat, weil - Sie wissen es - in den 70-er Jahren das hier abgelehnt wurde. Die Nachbarkantone begrüsst dieses Vorgehen nicht und bockten.

Der Kanton Aargau ist lernfähig. Nach der Strategietagung im Dezember 1998, an der die meisten Parteien noch die Meinung vertraten, der Kanton Aargau solle eine eigenständige Lösung realisieren, sollte die Führung beanspruchen, weil wir eben die Grössten sind, setzte dank Grünen und SP die Double-win-Situation durch und man nahm von diesem unrealisierbaren Vorhaben Abstand. Der heutige Strategiebericht kann als Residualzustand der damaligen Euphorie bezeichnet werden. Vereinzelt Bakterien sind in diesem Bericht noch drin und die sollte man unserer Erachtens wirklich noch entfernen, weil das Fachhochschulproblem sonst noch ein Abenteuer und damit chronisch werden könnte. Die Grünen wollen ganz klar eine gesunde Fachhochschule neben einer gesunden Volksschule behalten. Sie unterstützen keine vorläufig noch manischen Projekte. Wir werden in der Detailberatung zusammen mit der SP einige

Änderungsanträge stellen. Sie entscheiden, ob wir bei den Fachhochschulen weiter mitmachen können oder nicht. Unsere zentralen Forderungen sind dabei ganz klar: Aufbau der Fachhochschulen ja, aber nicht auf Kosten der Volk- oder Mittelschule oder andern Teilbreichen; kooperative und faire Zusammenarbeit mit den andern Kantonen, ohne Kampfgeschrei!

*Denise Widmer, Brugg:* Ich spreche im Namen der SP-Fraktion. Die kantonale Fachhochschulpolitik ist die Chronologie einer endlosen Geschichte. Am 28. September 1997 legte das aargauische Fachhochschulgesetz die gesetzlichen Grundlagen für die Einrichtung von Fachhochschulen im Aargau. Bereits im März 1998 genehmigte der Bundesrat 7 Fachhochschulen und zwang damit die Kantone Basel-Land, Basel-Stadt, Solothurn und Aargau zur Errichtung einer gemeinsamen Fachhochschule Nordwestschweiz. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte der Kanton Aargau reagieren müssen und seine kantonale Fachhochschulpolitik zugunsten einer gemeinsamen Strategie der 4 Kantone neu ausrichten müssen. Es hätte niemals vorkommen dürfen, dass verschiedene Organisationsformen, verschiedene Zeithorizonte, verschiedene Kompetenzzuordnungen aufeinandergeprallt sind und so den Dialog zwischen den Kantonen unnütz und zeitaufwendig belastet haben.

Wir besprechen heute die kantonale Fachhochschulpolitik, wohlwissend, dass auch dieses Papier bereits wieder revisionsbedürftig ist, wohlwissend, dass diese Ziele situationsbedingt wieder den neuen Bedürfnissen angepasst werden müssen, wohlwissend, dass das kantonale Schulstandortkonzept erneut grosse Fragezeichen in die politische Marschrichtung setzen wird. Wir haben insgesamt 5 Sitzungen gebraucht, um einmal mehr den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, wohlwissend, dass der finanzielle Aspekt in diesem Positionspapier ausgeklammert worden ist, aber genau so wohlwissend, dass dieser Aspekt in unserem Parlament der entscheidende Aspekt sein wird.

Wir befinden uns auf einer grossen Baustelle. Alle wollen schlussendlich - so hoffe ich wenigstens - qualitativ hochstehende, optimal genutzte und vernetzte Fachhochschulen. Die einen wollen am Status quo festhalten, weil es halt schon immer so war, die anderen legen Wert auf innovative, zukunftsgerichtete Fachhochschulen, welche den Schritt ins neue Jahrtausend nicht zu fürchten brauchen. Und über allem schwebt immer wieder das Damoklesschwert der schwierigen Zusammenarbeit mit den Kantonen. Die SP-Fraktion hat ihre Meinung auch mit verschiedenen Vorstössen aufgezeigt. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass nur die intensive Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Land, Basel-Stadt und Solothurn, aber auch die geschickte Synergienutzung, Qualität und somit auch Stabilität der Fachhochschulen garantieren kann. Die SP wehrt sich gegen einen unbezahlbaren Alleingang und setzt sich für die fundierte Auseinandersetzung mit der Schwerpunktbildung an den Fachhochschulen ein.

Beim vorliegenden Papier sind wir der Meinung, dass zuviel Wert auf diesen Alleingang gelegt wird, ohne das Pferd halt wirklich am Kopfe aufzäumen zu wollen. In einer echten Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen kann es keine Verlierer geben, in den oft zitierten "win-win-Situationen" profitieren schlussendlich die Studierenden aller Landesteile und über die Landesgrenzen hinweg.

Wir werden bei den Leitsätzen 1 und 3 Anträge stellen, weil wir bis jetzt nicht wissen und darauf auch keine Antwort erhalten, weiche finanziellen Konsequenzen die kantonale Fachhochschulpolitik haben wird. Wir wollen für qualitativ hochstehende Fachhochschulen eintreten, die den internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchen, betonen aber, dass die Bezahlung der Qualität nicht zulasten der Volksschule gehen darf. Da erwarten wir von den bürgerlichen Politikerinnen und Politikern klare Aussagen, weil die verschiedenen Wünsche - der Wunsch nach Qualität - irgendwie auch bezahlt werden muss. Bis jetzt warten wir auf die klaren Aussagen, wo ein Sparpotential gesichtet wurde bzw. ob nicht die über die Aufhebung des Steuerrabattes diskutiert werden müsste in diesem Zusammenhang, um die Mehraufwendungen für die Fachhochschulen zu finanzieren. Trotz all dieser Vorbehalte ist die SP-Fraktion für Eintreten auf dieses Geschäft.

*Rainer Kaufmann, Rapperswil:* Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion. Die Schaffung einer eigenen Fachhochschule stellt für den Denk- und Werkplatz Aargau eine grosse Chance, aber auch eine gewaltige Herausforderung dar. Nachdem der Kanton aber in allen Bereichen - Wirtschaft, Technik, Gestaltung, Soziales, Gesundheitsberufe, Lehrerbildung - investieren will, wird die Überforderung absehbar. Die FDP begrüsst deshalb die Auslegung, die uns die Regierung vorlegt, und ist mit der Strategie hin zu vermehrter Konzentration auf die Kernkompetenzen voll einverstanden. Die Freisinnige Fraktion unterstützt die jetzt von der Fachhochschulkommission und der Regierung eingeschlagene Politik. Wir votieren für eine aargauische Fachhochschulpolitik, welche das Ziel verfolgt, konkurrenzfähige Positionen im Fachhochschulbereich auszubauen, bisherige Stärken zu optimieren und zukunftssträchtige Positionen aufzubauen.

Dazu wiederum ist es sinnvoll, die Strategien im Rahmen des Schweizer Fachhochschulnetzes, insbesondere mit den Kantonen Basel-Land, Basel-Stadt und Solothurn möglichst optimal abzustimmen. Dabei müssen wir vermehrt lernen, ohne Kantonsgrenzen zu denken und zu handeln. Der Bund will eine Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz und kann das nötigenfalls auch durchsetzen. Regierungsrat und Kommission haben nach Auffassung der FDP-Fraktion die Chancen und Risiken, die sich daraus ergeben, erkannt und befürworten, um die Aargauer Position zu stärken, eine Zusammenführung aller im Aargau geplanten Fachhochschulen.

Die FDP-Fraktion setzt die Prioritäten bei der Fachhochschulpolitik klar auf den Bereich Wirtschaft, Technik und Gestaltung. Als viertstärkster Wirtschaftskanton erscheinen Investitionen in diesen Bereich besonders wirksam. Langfristig werden mit einer Forcierung der Bereiche Wirtschaft, Technik und Gestaltung am meisten Arbeitsplätze aufgebaut. Was die Standortfragen anbelangt, so sind Konzentrationen und Fusionen nötig, um das Problem der kritischen Grösse der Lehrgänge zu erreichen. Das Ziel ist 1 bis maximal 2 Standorte. Die Gesamtauslegung erfolgt, wie bereits von Herrn Regierungsrat Wertli mehrfach versprochen, noch in diesem Jahr. Fragezeichen! Die FDP ist mit der Erfolgsstrategie und den Leitsätzen einverstanden. Erfolg ist aber nur möglich, wenn die Umsetzung rasch erfolgt, zielgerichtet geführt wird und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft, vor allem der KMU's Rücksicht nimmt.

Die FDP unterstützt alle Kommissionsfassungen.

*Thomas Burgherr, Wiliberg:* Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Wir stehen mehrheitlich, teilweise mit Vorbehalten, hinter der von der Regierung verfolgten Strategie und der darin formulierten Ziele. Wir unterstützen insbesondere die 4 Kernaussagen der Botschaft: 1. Bildung einer Fachhochschule Nordwestschweiz unter Einbezug von Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Land; 2. Fusionierung der beiden Aargauer Fachhochschulen; 3. Konzentration der Fachhochschulbereich im Kanton Aargau auf 1 bis maximal 2 Standorte; 4. Verstärktes finanzielles Engagement des Kantons Aargau für seine Fachhochschulentwicklung. Wir sind klar der Meinung, dass der Kanton Aargau als grösster, Nicht-Hochschul-Kanton eine führende Rolle im Fachhochschulbereich einnehmen soll. Es ist für unseren Kanton enorm wichtig, neben den Grossstädten Bern, Basel und Zürich selbst eine Zentrumsfunktion zu übernehmen. Eine starke Fachhochschule stellt auch einen wesentlichen Standortvorteil für unsere Industrie, die Dienstleistungsbetriebe und das Gewerbe dar. Es ist auch bewiesen, dass zukunfts-trächtige Fachhochschulen die Wohlfahrt und den Wohlstand positiv beeinflussen.

Die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass ein verstärktes Engagement in diesem Bereich auch zusätzlich finanzielle Mittel fordert. Doch mit den vorliegenden Leitsätzen darf der Schieber für Mehrausgaben nicht unkontrolliert geöffnet werden. Die Entscheidung über die weitere Fachhochschulfinanzierung erfolgen bekanntlich im Rahmen der Budgetvorlagen.

In diesem Zusammenhang muss natürlich über die Höhe und die Art und Weise der Finanzierung diskutiert werden. Wir sind bereit, auch da Lösungswege aufzuzeigen. Eine Erhöhung der Steuerlast jedoch oder ein Wegfall des Steuerrabattes ist für uns kein Thema! Die Finanzen müssen zielgerichtet eingesetzt werden. Die Gelder sollen in erster Linie im Lehrkörper investiert werden und nicht in Prestigegebäuden. Somit können wir die besten Dozenten rekrutieren; der Horizont unserer Fachhochschulen wird erweitert und somit werden viele Studenten ihre Fachhochschulausbildung im Kanton Aargau absolvieren.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass eine eigenständige Lösung des Fachhochschulbereichs im Kanton Aargau nicht möglich ist. Darum müssen die Verhandlungen mit Solothurn, Basel-Land und Basel-Stadt über eine gemeinsame Trägerschaft intensiviert werden. Daher soll sich der Kanton Aargau konsequenterweise auf einige wenige Fachhochschulbereiche konzentrieren, in denen er heute schon stark ist, dies ganz nach dem Motto: klein aber fein! Wir könnten uns gut vorstellen, dass wir den Bereich Technik und Gestaltung behalten und weiter ausbauen. Der Kanton Aargau hätte auch optimale Voraussetzungen für den neuen Bereich "Informatik".

Unsere Zustimmung zur Botschaft schliesst aber den Bereich Pädagogik ganz klar aus. Hier machen wir noch ein Fragezeichen. So wie die pädagogische Ausbildung im Rahmen der Gesamtkonzeption der Lehrerbildung aufgegleist ist, können wir ganz klar nicht zustimmen. Wir sind zudem der Ansicht, dass zukünftig nicht mehr jeder Kanton eine eigene pädagogische Ausbildung anbieten kann. Das vermögen wir schlicht und einfach nicht mehr! Es darf nicht angehen, dass in der Nordwestschweiz plötzlich 2 oder gar 3

pädagogische Fachhochschulen existieren. Da müssen interkantonale Lösungen angestrebt werden.

Die SVP-Fraktion möchte auch einen ausgeprägten Praxisbezug der Fachhochschule garantiert haben. Der Kanton Aargau soll einen nahtlosen Übergang aus einer qualitativ guten Berufsbildung, beispielsweise Berufsmatura, zur Fachhochschulbildung sicherstellen. Der Zugang an die Fachhochschulen für qualifizierte und leistungsfähige Berufsleute soll optimiert werden. Wir wollen möglichst viele Berufsleute an den Fachhochschulen! Somit wäre die ursprüngliche Zielsetzung erreicht. Auch die Standortfrage gehört für uns ins Zentrum gerückt. Für uns ist es klar, dass es eine grosse Dummheit wäre, bestehende Institutionen zu verlassen, welche eine einzigartige und gute Infrastruktur aufweisen, welche verkehrspolitisch optimal zu erreichen sind und welche national wie auch international einen ausgezeichneten Ruf geniessen. Mit ein bisschen klarem Menschenverstand ist diese Frage rasch geklärt.

Eine kurze Stellungnahme zu einigen Leitsätzen: Zu Leitsatz 2: (*Vorsitzender:* Herr Burgherr, ich muss Sie hier leider unterbrechen, - wir kommen später zu den Leitsätzen. Ich bitte Sie, Ihre Ausführungen zur allgemeinen Aussprache fortzusetzen oder abzuschliessen.) Gut, dann habe ich geschlossen.

*Dr. Roland Bialek, Buchs:* Ich spreche im Namen der EVP-Fraktion. Die Vorlage heisst: Ziele der kantonalen Fachhochschulpolitik. Da sehen wir, dass es oft gar nicht so einfach ist, wirklich Ziele zu setzen.

Sie dürfen nicht zu nah sein; es hat keinen Sinn, sich ein Ziel zu setzen, von dem man weiss, dass man es sowieso erreicht. Sie dürfen aber auch nicht zu weit weg sein, denn das gibt keine Motivation mehr, sie wirklich zu erreichen. In diesem Sinne sind die Leitsätze sicher gut positioniert.

Die Ziele dürfen nicht zu grob sein, so dass man nicht weiss, um was es sich eigentlich handelt. Die Ziele dürfen aber auch nicht zu fein sein, weil sie dann oft von der Realität Abstand nehmen. Auch in diesem Sinne sind die Leitsätze gut geraten. Wir müssen uns grundsätzlich bewusst sein, dass die Politik im Fachhochschulbereich schnell läuft, d.h. wir müssen flexibel sein. Wir denken, dass der Kanton Aargau einen Beitrag leisten kann. Diese Chance muss ergriffen werden. Somit stellt sich die Frage: Wollen wir eine Fachhochschule, wollen wir einen Beitrag leisten? Diese Frage stellt sich heute. Wenn wir sie bejahen, dann müssen wir auf den Weg gehen und die Probleme lösen. Es hat keinen Sinn, wenn wir schon zu Beginn zu viele Randbedingungen einwerfen. Der eine will eine Fachhochschule, aber nur an einem bestimmten Ort, der andere will nur eine ganz bestimmte Richtung, der dritte will eine Fachhochschule, die überhaupt gar nichts kostet usw. So werden wir wahrscheinlich nicht zum Ziel kommen. Wichtig ist, dass wir einen gemeinsamen Willen haben, diese Ziele wirklich zu erreichen. Dann haben wir eine gemeinsame Richtung. Was wir noch nicht haben, ist der Weg dazu. Das ist klar. Hier muss noch Arbeit geleistet werden. Was wir heute haben, ist ein erster Schritt dazu. Die EVP ist deshalb für Eintreten und bittet Sie um Zustimmung zu diesen Leitsätzen!

*Josef Bürge, Baden:* Ich spreche im Namen der CVP-Fraktion. Zuerst das Wesentliche in Kürze: Im Namen der einstimmigen CVP-Fraktion, aber auch ganz persönlich

empfehle ich Ihnen 4 Dinge: 1. Der Grosse Rat möge auf den vorliegenden Bericht 99.132 eintreten; 2. Er wolle die Ziele der kantonalen Fachhochschulpolitik zur Kenntnis nehmen; 3. Er wolle die von der Kommission mittels Mehrheitsentscheiden bereinigten 6 Leitsätzen, die der Regierungsrat unterstützt, beschliessen (Seite 22 abgeändert); 4. Er wolle den unveränderten Antrag Nr. 3, Seite 22, zum Beschluss erheben.

Als Mitglied der Spezialkommission und auch im Namen der CVP-Fraktion habe ich nicht irgendwelche strategischen Vorbemerkungen zu Nutzen und Frommen der Fachhochschule. Das haben wir längst abgehakt in diesem Rat. Aber ich stelle fest, dass im Bereich der kommenden Fachhochschulen Schweiz und insbesondere Nordwestschweiz noch vieles, allzuvielen offen und in laufende Diskussionen verwickelt ist. Es ist noch nicht in allen Teilen gelungen, diesbezüglich Klarheit in die allgemeine Wirrnis zu bringen. Diese Tatsache wurde bereits von der Regierung im Rahmen der Botschaft bestätigt. Inzwischen wurde dieser Eindruck durch die laufenden Lageorientierungen und Erwägungen bestärkt im Verlaufe der bisherigen 5 Sitzungen der Spezialkommission. Frau Fischer hat trefflich darauf hingewiesen. Deshalb ist Antrag 3 der Botschaft sehr wichtig. Aber ein weiterer Bericht des Regierungsrates muss all jene Klärungen bringen, die weder mit der Botschaft, noch durch allfällige Zusatzinformationen des Departementsvorstehers heute möglich sind. Eine klare Aussage zur inhaltlichen, strukturellen und finanziellen Strategie der nächsten 15 Jahre im Bereich Fachhochschule muss dann Platz greifen.

Unsere Fraktion hat unter anderen die folgenden - unseres Erachtens - wesentlichen Details diskutiert und entsprechend 5 Schlüsse gezogen: 1. Die Priorität der Entwicklung einer Fachhochschule mit höchstem Niveau und internationaler Ausstrahlung steht im Vordergrund. Konsequenz daraus: Zur Erreichung dieses hochgesteckten Zieles bedarf es der intensiven und nachhaltigen Arbeit während einiger Jahre. Die jetzige Momentaufnahme kann nicht genügen. Die Entwicklung einer aargauischen Hochschule ist das Standortprojekt schlechthin. Deshalb ist auf den 1. Leitsatz hinzuweisen, dass es eben das Projekt ist in Sachen Bildung und nicht eines unter vielen andern.

2. Das neue Institut bedarf erheblicher Investitionen und nachher eines nachfolgenden Daueraufwandes. Bis heute ist weder das eine noch das andere klar ausgewiesen. Schluss daraus: Mit dieser in Beschluss 3 formulierten Inaussichtnahme muss beim nächsten Bericht über die Fachhochschule Aargau eine klare Aussage mit ebenso transparenten Zahlen zu den Finanzen vorliegen. Nötig sind Finanz-, Investitions- und Businessplanung, denn die Fachhochschule kann an sich ein Businesscenter werden. Wir wissen das und haben die entsprechenden Aufträge via Dekret schon erteilt. Es ist eben gerade nicht Sache der Voranschläge - wie ich vorhin gehört habe -, dass man jedes Jahr im November wieder darum herum pröblen, ob wir nun Forschungsteil X oder Mitarbeit in grenzüberschreitenden Projekten Y genehmigen wollen oder nicht. Nein, das ist falsch! Es ist Sache einer Strategie und das gehört integral zu einer nächsten Berichtserstattung!

3. Die schwergewichtige Behandlung der Projektentwicklung Fachhochschule Aargau und Nordwestschweiz bindet generell viele Kräfte in diesem Kanton. Gleichzeitig aber ist

das Bildungswesen Aargau generell mit Nachdruck weiterzuentwickeln.

Konsequenz: Das Projekt einer aargauischen Hochschule darf nicht dazu führen, dass die Entwicklungen auf der Volksschulstufe oder bei der Berufsbildung zurückgebunden oder gar verunmöglicht werden.

4. Die bisherige Projektarbeit war mit einigen Stolpersteinen gestört und belastet. Generell war die Information angesichts der Hektik der sich überschlagenden Ereignisse aber gut. Was aber nicht genügte, war der Einbezug der Direktbetroffenen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir die Dozenten, die Studenschaft und die Schulleitung in die Leitsätze einbinden und einbeziehen.

5. Die Standortfrage, soweit sie rein strukturelle Antworten liefert, wird von der Fraktion im Sinne des Leitsatzes 5 behandelt. Konsequenzen: Für uns ist die zentrale Führung einer einzigen Fachhochschule im Kanton Aargau an maximal 2 Standorten richtig. Die Projektentwicklung in den nächsten 10 - 15 Jahren kann so effizient und effektiv vorangetrieben werden. (Welche Standorte damit gemeint sind, ist offensichtlich, auch wenn wir darüber heute nicht zu befinden haben: Das ist ganz klar Aarau und Brugg-Windisch.) In der weiteren Arbeit, vor allem aber mit dem nächsten Bericht und damit spätestens mit der Frage der Finanzierung, ist diese Frage abschliessend zu entscheiden, andere Berichte oder Verzögerungen hin oder her.

Ich fasse zusammen: Namens der CVP-Fraktion halte ich fest, dass der Kanton Aargau mit dem Grossprojekt Fachhochschule Kantonsgeschichte schreiben und den nächsten Generationen eine neue, akzentuierte Bildungsperspektive geben wird. Es geht nicht an und wäre verheerend, diesem Kantonsgebilde ein zweites Mal ein Desaster à la 1974 - oder wann es war - mit der Universität zu bescheren! Deshalb ist es wichtig, Transparenz herzustellen und ich bitte Sie: Tun wir das Mutige bewusst und verantwortungsvoll und trauen wir uns für einmal mit Schwergewicht zu arbeiten und damit Weichen für die Zukunft zu stellen! Dass das bei der Finanzierung uns fordern wird, ist klar. Ich habe Vorstellungen, wie wir es bewerkstelligen können.

*Dr. Heinz Suter, Gränichen:* Ich nehme zu folgenden 3 Punkten Stellung:

1. Zur Bedeutung der Fachhochschule Technik, Wirtschaft und Gestaltung.
2. Zum Gesamtbericht "Ziele der kantonalen Fachhochschulpolitik" des Regierungsrates 3. Zu offenen Fragen der Fachhochschulpolitik Aargau.

Bevor ich starte, möchte ich aber - das ist mir ein grosses Anliegen - der Schulleitung, dem Fachhochschulrat, dem Regierungsrat und der Bildungsverwaltung für die grosse, bisher geleistete Arbeit die Anerkennung aussprechen.

1.1: Welche Bedeutung hat die Fachhochschule Technik, Wirtschaft und Gestaltung für die Wirtschaft und den Standort Aargau? Die bezeichnete Fachhochschule bezweckt primär, Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden mit einer hochqualifizierten Ausbildung auf wissenschaftlicher Basis auszustatten. Aber die Fachhochschule ist weit mehr als eine Schule im traditionellen Sinn. Das Spezifische der Fachhochschule liegt im erweiterten Leistungsauftrag, welcher drei Komponenten umfasst: erstens anwendungsorien-

tierte Forschung und Entwicklung, zweitens die permanente Aus- und Weiterbildung sowie drittens Dienstleistungen für Dritte.

Mit anderen Worten: Die Fachhochschule ist über die Schule hinaus, welche sie ist und bleibt, stets auch ein Kompetenzzentrum, welches die Aufgabe hat, dazu beizutragen, neue Erkenntnisse möglichst rasch und umfassend in marktgängige Produkte und Dienstleistungen umzusetzen.

Damit komme ich zum Kern von Punkt 1: Wem hat die Fachhochschule zu dienen? Für wen ist die Fachhochschule da? Sie ist m. E. nicht da für Massenuniversitäten, die sich auf dem Buckel der Fachhochschule entlasten möchten. Sie ist nicht da für Gymnasien, welche Maturandinnen und Maturanden über den akademischen Bedarf hinaus produzieren. Sie ist nicht exklusiv da für Grosskonzerne, welche bei Fachhochschulen gerne hochkarätiges Personal abholen. Diese Tendenz ist etwa in der BRD ganz klar feststellbar. Lassen Sie mich überspitzt sagen: Die Fachhochschule ist zur Hauptsache, in erster Linie, vorrangig für die KMU da und sämtliche Fachhochschul-Aktivitäten müssen auf die KMU ausgerichtet werden. Diese Perspektive hat eine zentrale Konsequenz: Die Fachhochschule kann ihren Auftrag nur in enger Kooperation mit der Wirtschaft, insbesondere den KMU, erfüllen. Die Entwicklung und Entfaltung der Fachhochschule machen nur Sinn, wenn dieses Kompetenzzentrum imstande sind, Kader und Personal der KMU in die Lage zu versetzen, neue Erkenntnisse jederzeit aufzutanken und das einschlägige Know-how rasch und wirksam in Wirtschaftsleistungen umzusetzen. Wird diese Zielsetzung verpasst, macht Fachhochschulpolitik wenig Sinn, wird die genannte Zielsetzung verpasst, stecken wir enorme Summen in den Sand. Die Wirtschaft Aargau ist international betrachtet eine fast ausschliessliche KMU-Landschaft. Daher brauchen unsere Wirtschaft und der Standort Aargau eine Fachhochschule mit starkem regionalen Bezug. Es fällt auf, dass in einschlägigen Schriften des Bundes der regionale Bezug als Grundlage für eine gedeihliche Entfaltung der Fachhochschule weit stärker betont wird als in den Papieren des Regierungsrates und der Bildungsverwaltung. Die Fachhochschule muss für die Wirtschaft, insbesondere für die KMU, dasein, von der Wirtschaft im Alltag mitgetragen werden. So schwer es ist, es muss eine Kultur der Kooperation zwischen Firmen und Kompetenzzentrum entwickelt werden. Diese Entwicklung kann nicht alleine von den Behörden und von der Verwaltung vorangetrieben werden. Dazu braucht es eben diese engen Beziehungen und die Kooperation. Wir haben im Aargau gute einschlägige Ansätze. Wir sind jedoch noch immer weit vom Ziel entfernt.

2. Zum Gesamtbericht "Ziele der kantonalen Fachhochschulpolitik" des Regierungsrates. Die vorbehandelnde Kommission Doris Fischer, Seengen, hat ganze Arbeit geleistet. Ich gratuliere der Kommission zu den von ihr modifizierten Leitsätzen und freue mich, dass der Regierungsrat Zustimmung dazu erklärt hat. Trotzdem bleibt ein Unbehagen. Der Erziehungsdirektor kann mich vielleicht davon befreien. Das kantonale Fachhochschulgesetz ist unter einem Gesichtspunkt sehr gut: Es bietet in der Gestaltung der Fachhochschulpolitik grösstmögliche Flexibilität. Das bezeichnete Gesetz ist jedoch unter einem anderen Aspekt ausgesprochen schlecht: Es gestattet den zuständigen Behörden, ohne Rücksicht auf die Wirtschaft und den Standort Aargau, eine praktisch beliebige Organisationspolitik zu betreiben. Dabei beruft man sich zur Legitimation gerne auf

Vorgaben des Bundes und tut dies selbst dort, wo die Instanzen des Bundes der kantonalen oder regionalen Fachhochschulpolitik durchaus Handlungsspielräume zugestehen.

Warum hat der Regierungsrat überhaupt einen Gesamtbericht unterbreitet?

Die Leitsätze des Regierungsrates - es hat darunter Leitsätze, die überhaupt nicht leitsatzwürdig für ein Parlament sind - haben fachhochschulpolitisch einen einzigen Zweck. Dieser Zweck besteht offenkundig darin, den aussenpolitischen Handlungsspielraum des Regierungsrates im Gebiet der Fachhochschulpolitik zu erweitern. Mit andern Worten: Der Grosse Rat soll gefälligst grünes Licht geben, nicht etwa für die "Fachhochschule Nordwestschweiz" - diese aus Teilschulen aufgebaute Struktur ist eine Vorgabe des Bundes -, sondern grünes Licht für eine interkantonale Trägerschaft mit einer ganz spezifischen Struktur: Man erwartet seitens der Regierung parlamentarische Zustimmung zu einem Gebilde mit einem Fachhochschulrat und mit einer Schulleitung. Das ist etwa in der Antwort der einschlägigen SP-Interpellation offenkundig geworden. Diese Konstruktion kann als ferne Vision für die Zukunft irgendwie akzeptiert werden. Gegenwärtig ist sie aber realpolitisch ohne Grundlage, wie wir gehört haben. Diese Konstruktion löst grosses Unbehagen aus. Der Kanton Aargau darf bei allem Verständnis für Schwerpunktbildung, für Kooperation und Koordination im Rahmen der Bundesvorgaben mit Rücksicht auf die Interessen der Wirtschaft und des Standortes die Fachhochschulpolitik keinesfalls an ein interkantonales Gremium delegieren, ein Gremium, welches ausserhalb jeglicher parlamentarischer Aufsicht und Mitsteuerung tätig wäre. Das organisatorische Problem der strategischen Leitung einer Fachhochschule Nordwestschweiz muss vielmehr im Rahmen der Varianten, welche die Fachhochschulkommission des Bundes ausgeführt hat, so gelöst und bewältigt werden, dass die relative Selbständigkeit der Teilschulen Aargau sowie das Gestaltungspotential der Staatsleitung Aargau bewahrt werden. (*Vorsitzender*: Herr Suter, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie noch eineinhalb Minuten Redezeit haben, so dass Sie allenfalls substantiell zusammenfassen können.) Diese - es sei nochmals unterstrichen - relative Selbständigkeit unserer Schulinrichtungen ist bildungspolitisch, wirtschaftspolitisch, standortpolitisch und nicht zuletzt finanzpolitisch von grosser Tragweite. Drei Fragen:

1. Haben wir die Chance, dass die Leitsätze, die markant formuliert worden sind, tatsächlich umgesetzt werden können?
2. Nutzen wir die Chance im Kanton Aargau, dass der Weg der Berufsbildung, der nun durch die Fachhochschule attraktiver geworden ist auch mehr genutzt wird durch Eltern und Jugendliche? Können wir den verhängnisvollen Trend zu Diplom- und Mittelschulen ausreichend dämpfen?
3. Wie ist eigentlich die Fusion der beiden Fachhochschulen I und II zu beurteilen? Wollen wir eine Fachhochschule I mit einem markanten Profil oder wollen wir einen Gemischtwarenladen ohne Profil?

Mit diesen Fragen soll die heutige Debatte nicht verlängert werden. Es genügt, wenn die künftige Informations- und Kommunikationspolitik der Regierung diese Fragen aufnimmt und später darauf antwortet. Ich nehme an, der Re-

gierungsrat verfolgt eine entsprechende Informations- und Kommunikationspolitik.

*Vorsitzender:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr zur allgemeinen Aussprache vor. Ich erkläre die allgemeine Aussprache damit als abgeschlossen.

*Landstatthalter Peter Wertli:* Ich danke der Kommission und ihrer Präsidentin und Ihnen im Plenum für die substantiellen Eintretensvoten. Ich habe herausgespürt, dass Sie unsere Vorlage grundsätzlich positiv aufgenommen haben. Sie haben selbstverständlich auch kritische Fragen gestellt; das ist gut so und das soll auch so sein. Aber ich habe den Eindruck, dass sich das Plenum des Grossen Rates der Bedeutsamkeit der heutigen Thematik bewusst ist. Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen, dass das, was wir heute diskutieren, für diesen Kanton ein bedeutsames und wichtiges Geschäft ist. Es geht um grundsätzliche und strategische Fragestellungen und Zielsetzungen. Es geht insbesondere um die Frage: Welche Ziele verfolgt der Kanton Aargau in seiner Fachhochschulpolitik. Dabei sind 2 Dimensionen angesprochen: 1. Die innerkantonale Dimension des Aargaus für sich und 2. die interkantonale Dimension, nämlich die Zusammenarbeit in der Region Nordwestschweiz und über diese Region hinaus auch in den süddeutschen Raum. Diese beiden Aspekte sind miteinander verknüpft und verbunden. Es besteht eine gegenseitige Wechselwirkung, was die Situation nicht einfach macht und erschwert oft die Entscheidungsfindung. Ich bin sehr dankbar, ich habe ja die Kommissionsarbeit begleiten dürfen, dass sich die Kommission so eingehend mit diesen Fragen auseinandergesetzt hat, die Fragen hinterfragt hat, die Ziele hinterfragt hat usw., was sich auch in der teilweisen Neuformulierung der Leitsätze niedergeschlagen hat. Ich glaube - und die Frau Kommissionspräsidentin hat das bereits gesagt -, dass diese Aufgabe für die Kommission interessant, aber auch anspruchsvoll war. Ich glaube, dass sie sie auch recht gut gelöst hat.

Lassen Sie mich noch zwei Punkte herausheben, bevor ich kurz zu einzelnen Voten Stellung nehme: Zum interkantonalen Aspekt: Wir haben uns im Aargau entschieden, dass wir im Fachhochschulbereich dabei sein wollen. Wir haben es seinerzeit mit der Universität nicht geschafft, aus welchen Gründen auch immer. Wir haben hier aber gesagt, wenn im Bildungsbereich aufgegleist wird, dann wollen wir als Kanton mit dabei sein und auch an der Spitze mithalten können. Das ist für unseren Kanton eine enorme Herausforderung, wobei es gleichzeitig auch von enormer Bedeutung für unsere Wirtschaft und für unseren Kanton ist. Herr Bürge hat es treffend ausgesprochen: Es ist eine Perspektive, die hier entwickelt und aufgezeigt werden kann. Wir haben ursprünglich dargelegt - und das wurde auch von Herrn Suter gesagt - dass wir unsere Fachhochschule autonom und für uns führen wollen. Dann haben wir etwas gemacht, wofür ich heute noch dankbar bin, dass wir das so frühzeitig gemacht haben: Wir haben ein Schwächen-Stärke-Profil unserer damaligen Fachschulen durch externe Fachleute erstellen lassen und es hat sich gezeigt, dass es noch gewaltige Anstrengungen und Mittel braucht, damit wir die Zielsetzung einer herausragenden Fachhochschule, die auf die Dauer in dieser Konkurrenz bestehen kann, erreichen können. Das führte bei uns dann zum Udenken und wir haben festgestellt, dass wir das nicht alleine erreichen können. Es braucht die Zusammenarbeit dieser kleinen Region Nordwestschweiz. Statt dass wir uns gegenseitig konkurrieren und unsere Millionen gegenseitig in die Fachhochschulen

hineinbuttern und trotzdem auf keinen grünen Zweig kommen, sollten wir das doch gemeinsam machen, um miteinander in dieser Region eine qualitativ überzeugende Fachhochschule zu errichten. Das war unsere Zielsetzung. Wir wandten uns an unsere Partnerkantone Basel-Stadt, Basel-Land und Solothurn. Die Basler haben damals gesagt, dass sie da nicht mitmachen wollten, sondern ihre autonomen Fachhochschulen Basel behalten wollten, um den regionalen Charakter aufrecht zu erhalten. Allerdings haben die Basler schon damals darauf hingewiesen, dass sie in einer späteren Phase dabei sein wollen, damit wir in dieser Region doch Schwerpunkte bilden können. Die Solothurner sind heute willens, mit dem Kanton Aargau etwas wirklich Gutes zu produzieren. Das ist dieser Prozess, der uns nun ein gutes Jahr beschäftigt hat und in dem wir zwischenzeitlich ganz erhebliche Fortschritte im Sinne unserer aargauischen Vorstellungen gemacht haben.

Zu den Finanzen: Es wurden heute in verschiedenen Voten zu Recht die finanziellen Mittel angesprochen. Es wurden sinngemäss die Fragen in den Raum gestellt, wieviel das Ganze kostet, welche Mittel wir in diese Fachhochschulen hineinstecken müssen und woher um Himmels Willen nehmen wir diese Mittel? Wir haben auf Seite 18 und 19 versucht aufzuzeigen, welche Mittel nach unserer derzeitigen Beurteilung vorhanden sein müssen, damit wir unsere Fachhochschulen wirklich und dauerhaft zu Fachhochschulen aufwerten können. Das ist eine Momentanbetrachtung. Sie hängt ab von der weiteren Entwicklung, von dem, was wir interkantonal weiter miteinander tun können. Das ist auch für die Finanzen ganz entscheidend. Von daher ist das, was wir an Zahlen und an Millionen aufgezeigt haben, eine derzeitige Beurteilung vor Abschluss der interkantonalen Verhandlungen mit den andern Kantonen.

Zur Frage, woher wir denn die Mittel nehmen sollen: Diese Frage wurde in der Kommission unter anderem immer wieder von Herrn Leitch und Herrn Müller aufgeworfen, wobei es darum ging, ob diese Mittel zu Lasten der andern Bildungsbereiche Volks- und Mittelschule gehen. Ich kann Ihnen das heute nicht sagen, woher wir diese Mittel bereitstellen können. Das ist eine Frage der Finanzplanung, bei der wir ganz klar festlegen müssen, wo die Schwerpunktbereiche liegen und wo wir Mittel einsetzen wollen.

Im Ablauf stimmt es: Wir werden im Jahr 2000 diese interkantonalen Verhandlungen hoffentlich abschliessen können; dann haben wir die Entscheidungsgrundlagen, auf welchen wir festlegen können, was wir in diesem Kanton machen wollen und was nicht und was die Solothurner oder die Basler mit uns und für uns machen. Dann haben wir die Entscheidungsgrundlagen um sagen zu können, welches die Mittel sind, die wir brauchen. Das ist gleichzeitig auch der Zeitpunkt, an dem die neue Finanzplanung für die nächste Legislatur vorgenommen werden muss. In dieser Finanzplanung müssen dann diese Mittelverteilungen vorgenommen werden. Dort müssen die Entscheide fallen, wo wir im Kanton Aargau unsere beschränkten finanziellen Mittel einsetzen wollen. Das ist dann der Zeitpunkt. Diesen zusätzlichen Bericht, der von Herrn Bürge gefordert wurde, werden wir Ihnen selbstverständlich liefern. Wir werden diese interkantonalen Verhandlungen abschliessen, dann haben wir die Grundlage, um unsere Strategie, die Schwerpunkte und die Mittelverteilung klarzulegen. Das ist dann die Grundlage, die Sie auch beurteilen können.

Zu einzelnen Voten: Herr Müller hat die Bedeutung der Fachhochschulen angesprochen: selbstverständlich hat auch er die Frage der Mittel angesprochen und ich habe gesagt, dass das eine Frage der Finanzplanung ist, die wir Ihnen unterbreiten müssen. Zu Frau Widmer: Sie hat gesagt: Nicht der Aargau für sich allein. Es wurde auch der Vorwurf in den Raum gestellt, wir hätten zu lange gesagt, wir wollen das für uns allein machen. Ich behaupte heute aber, dass wir relativ früh gemerkt haben, dass es so allein und so autonom nicht geht. Wir brauchen dann aber auch Partner, die eine Zusammenarbeit befürworten. Zu Herrn Kaufmann und seiner Forderung auf eine Beschränkung auf die Kernkompetenzen: Was sind denn die Kernkompetenzen? Das darf sich meines Erachtens nicht nur auf den technischen Bereich beschränken. Auch der soziale Bereich ist für unsere Gesellschaft und unseren Kanton von Bedeutung. Ich möchte davor warnen, dass man Kernkompetenzen gleichsetzt mit dem technischen Bereich und alles andere ausblendet und sagt, das gehöre nicht zu den Kernkompetenzen.

Zu Herrn Dr. Suter und seinen Fragen: Die erste Frage: Das Unbehagen, ob wir heute sagen können, dass das, so wie es in den Zielen steht, realisiert werden kann? Das kann ich beim besten Willen nicht beantworten! Wir versuchen das so zu realisieren; das sind unsere strategischen Ziele und die müssen nun umgesetzt werden. Da braucht es zum einen Politik in diesem Kanton und darüber hinaus auf interkantonalen Ebene und da braucht es auch die Mittel. Zur zweiten Frage: Die Befürchtung, dass die Berufsbildung und der übrige Bereich auseinander drifte. Gerade das wollen wir ja verhindern! Wir wollen diese Bereiche auch über die Pädagogik, das Verständnis in der Pädagogik für die Berufswelt usw. zusammenführen. Wir sind an diesen Fragestellungen und versuchen, überzeugende Antworten zu geben. Ich sage Ihnen aber ganz klar und deutlich: Wir sind noch in einem Lernprozess. Unsere Strategie muss laufend überdacht werden. Wichtig ist aber, dass wir unsere Ziele kennen: Wo wollen wir hin? Dann müssen wir eben gemeinsam, wie das Herr Bialek gesagt hat, den Weg finden. Ich danke Ihnen, für die Aufnahme des Berichtes und bin gerne bereit, in der Detailberatung der Leitsätze auf einzelne Fragen näher einzugehen.

*Vorsitzender:* Eintreten ist unbestritten und damit beschlossen. Wir kommen zur Beratung der Leitsätze. Dazu bitte ich Sie, von folgendem Kenntnis zu nehmen: Dort, wo zu einzelnen Leitsätzen mehrere Anträge vorliegen, werden diese durch die Antragssteller in ununterbrochener Reihenfolge vorgebracht, damit wir eine Gesamtbetrachtung erhalten, was beantragt wird. Wenn die Beratung abgeschlossen ist, werden wir über die Anträge abstimmen. Wir kommen zu Leitsatz 1 auf der rosaroten Synopse. Wir haben den abgeänderten Leitsatz 1 in der Mitte der Synopse. Ich stelle fest, dass generell keine Differenzen zwischen Kommission und Regierung bestehen.

#### *Leitsatz 1*

*Doris Fischer-Taeschler, Seengen, Präsidentin der nicht-ständigen Kommission "Fachhochschulen":* Etwas Generelles zu den Leitsätzen: Die Kommission war bemüht, die Entwicklungen und Akzentuierungen des letzten halben Jahres in die Formulierung der strategischen Leitsätze einfließen zu lassen. Dies scheint uns gelungen zu sein. Mit Freude nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass sich der

Regierungsrat den Änderungsanträgen der Kommission anschliessen kann.

Der Leitsatz 1 soll ausdrücken, - dass der Aargau die Schaffung einer Fachhochschule als die vordringliche Aufgabe seiner Bildungspolitik ansieht, - dass dies eine Institution mit Spitzenniveau sein muss, - dass im globalisierten Umfeld der Schweiz und des Aargaus die Ausweise international anerkannt sein müssen.

Die Kommission setzt sich lange damit auseinander, ob diese Fachhochschule nun eine vordringliche Aufgabe oder die vordringliche Aufgabe sei. Nach ausführlicher Diskussion, inkl. Rückkommen an der Schluss Sitzung, entschliesst sich die Kommission mit 9 zu 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen für die schärfere Form des DIE und erkennt damit, dass sich eine Prioritätensetzung auch im Bildungsbereich aufdrängt. Mit dem geänderten Leitsatz sagen wir aus, dass die tatsächliche Schaffung einer Fachhochschule Aufgabe unserer Bildungspolitik ist; ebenso, dass die Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft die Massstäbe setzen und nicht jene der Verwaltung und/oder der Politik. Die Wirtschaft und die Gesellschaft sollen Bezugspunkt sein. Fachhochschulen stehen grundsätzlich in einem wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Umfeld.

Die Regierung stimmt dem geänderten Leitsatz zu.

*Vorsitzender:* Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.

*Geri Müller, Baden:* Der Leitsatz 1 widerspiegelt die Problematik der Fachhochschulpolitik Aargau in einem weiteren Bereich. Wenn Sie zwischen der Regierung und der Kommission vergleichen, stellen Sie vielleicht auch fest, dass die Kommission mit Dekorationen etwas überbietet ist. Es ist in der vorherigen Debatte auch - und ich glaube heute zum ersten Mal - glasklar und in einer sehr ehrlichen Art und Weise herausgekommen, was die Fachhochschule soll und was nicht. Wenn die KMU die Fachhochschule für sich beansprucht, dann müsste man sich dann später bei der Finanzierung auch die Frage stellen, ob die KMU auch bereit ist, einen finanziellen Beitrag zu leisten. Wenn man sagt, dass das die zentrale Politik des Kantons sei, dann müsste man sich überlegen, wie das denn mit diesen Alleingängen aussieht bzw. mit diesen Fragen, die der Kanton einmal bearbeitet hatte, dass wir uns um 6 Bereiche kümmern wollen. Plötzlich heisst es von der SVP: Technik und Gestaltung behalten, den Rest brauchen wir nicht oder von Herrn Kaufmann: Technik ist das Zentrale, den Rest brauchen wir nicht. Die Fachhochschulpolitik habe ich in der vorherigen Debatte nicht gesehen. Die Kommission hat dort auch etwas aus den Augen verloren, wer die Studierenden an den Fachhochschulen sind. In der Regel sind es junge Leute mit einer Berufsausbildung oder einer Matura. Schon heute stellt jedoch beispielsweise die Fachhochschule Technik fest, dass bei diesen Studierenden im Kernfach Mathematik zu grosse Lücken klaffen. Die Fachhochschulen werben nach Studierenden bereits in der Mittelschule. Wir müssen hier wirklich aufpassen, dass wir nicht übertreiben! Der von der Kommission geänderte Leitsatz 1 klingt daher schon etwas geschwollen. Dafür relativiert der letzte Satz wiederum und könnte gestrichen werden.

Wir stellen den Antrag, den ersten Satz wie folgt zu ändern: "Für den Kanton Aargau ist die Schaffung einer Fachhochschule mit Spitzenniveau und mit international anerkannten

Ausweisen eine der vordringlichen Aufgabe seiner Bildungspolitik."

Ich gebe zu, dass das das Gleiche ist, wie in der Kommission. Begründung: Zusammen mit Leitsatz 3, der den Alleingang als Möglichkeit postuliert und mit Leitsatz 4, der den finanziellen Rahmen weder nennt noch festlegt, bedroht dieser Satz unseres Erachtens, wenn man alle Entwicklungen im Schulbereich verfolgt, die nötigen Entwicklungen in andern Erziehungsbereichen. Ich meine da namentlich die Volks-, Mittel- und Berufsschule, die zur Zeit auch einen enormen Reformbedarf aufweisen und zur Zeit auch umstrukturiert werden. Auch wenn es einleuchtet, dass es für die Fachhochschulen besonderer Anstrengungen bedarf, dürfen diese keinesfalls auf Kosten der Kernaufgaben des Staates gehen! Stellen Sie sich vor, wir stellen eine Schule zur Verfügung und unsere Kinder können nicht mehr da hingehen, weil sie die Leistung nicht mehr erbringen können. Wenn die freisinnige Reformpolitik nur ein bisschen konsequent sein sollte: Hier steht ein Kind ihrer Revolution vor 151 Jahren auf dem Spiel, nämlich die Grundausbildung für alle! Wir wissen es schon heute: Das Erziehungsdepartement ist aus- und überlastet. Da ist kein Spielraum mehr vorhanden. In der Kommission wurde noch von Sparen geredet. Deshalb bleiben bestimmte Dringlichkeiten immer wieder hängen. Mit einer solch verabsolutierten Form ist klar: Fachhochschulpolitik hat Vorrang, was in andern Schulen läuft, steht hinten an. Wir bitten sehr um die Änderung dieses Leitsatzes.

*Walter Markwalder, Würenlos:* Das Ziel ist eine interkantonale Fachhochschule Nordwestschweiz. Das haben wir nun verschiedentlich gehört. Wenn man den Bericht aber gründlich studiert, dann kann man da auch den Schluss ziehen: Ja schon, aber nicht bei uns im Kanton Aargau! Ziel ist eine interkantonale Fachhochschule Nordwest-Schweiz. Dies ist auch vom Bundesrat vorgegeben. Eine Fachhochschule Aargau hat auch über das Jahr 2003 hinaus keinen Bestand. Damit ist durch den Grossen Rat im Leitsatz 1 ein entsprechender Pflock einzuschlagen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SVP bezüglich des 1. Leitsatzes lautet deshalb: "Für den Kanton Aargau ist die Schaffung einer interkantonalen Fachhochschule Nordwestschweiz mit Spitzenniveau und mit ... (wie Vorschlag der Kommission)." Also eine Ergänzung des Leitsatzes 1 mit "interkantonal" und mit "Nordwestschweiz". Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, diese Zusätze zu beschliessen.

*Dr. Max Brentano, Brugg:* Wir haben, wie bereits angetönt, die Diskussion in der Kommission geführt, ob es "die" oder "eine" vordringliche Aufgabe des Kantons ist. Seit 2 Jahren diskutieren wir in etwas unterschiedlichen Varianten, dass der Kanton Aargau sich im Fachhochschulbereich diesmal definitiv engagieren wird. Wenn Sie den Satz genau lesen, heisst es, der Kanton Aargau betrachtet die Schaffung der kantonalen Fachhochschule oder einer kantonalen Fachhochschule, einer Fachhochschule, nicht einer kantonalen und auch nicht einer interkantonalen mit Spitzenniveau Priorität. Das ist die Priorität! Denn wir haben auf der anderen Seite die Vorgaben vom Bund, der sagt, dass im Jahre 2003 beurteilt wird, ob die Studiengänge in einem Kanton oder an einem Kompetenzzentrum an einer Schule akzeptiert und als solche anerkannt werden. Ich nehme an, dass der eine oder die andere diesen Artikel über die Fachhochschulzene in der Schweiz auch gelesen hat: Wir müssen

innert 3 Jahren entsprechend aufgerüstet haben. Das ist eine Zielsetzung, die wir kurzfristig haben. Es geht also um "die" vordringliche Aufgaben in den nächsten drei Jahren. Es ist nicht so, dass die Schaffung einer Fachhochschule die Vorbereitung zur Fachhochschule vernachlässigen lässt. Im Gegenteil: Das Substrat der Fachhochschule sind die Volksschulen und die entsprechenden Bildungsmöglichkeiten im beruflichen Bereich und in der Berufsmaturität, die dieser anschliessen. Hier ist unsere Bevölkerung gefordert, dass wir dieses Gesamtkonzept akzeptieren. Das ist nicht ein Vernachlässigen, sondern es ist diesmal, dass man von oben herunter gewisse Forderungen definiert.

Zu Herrn Markwalder: Ob interkantonal oder kantonal? Ich denke nicht, dass wir uns jetzt, nachdem ich mich erinnere, vor eineinhalb Jahren hier ein flammendes Wort von Herrn Suter für die kantonale Fachhochschule gehört zu haben, entscheiden müssen, eine interkantonale Fachhochschule zu machen. Wir wollen Standortqualitäten im Kanton Aargau mit bestimmten Bildungsgängen anbieten. Das ist das Ziel und zwar sofort und unmittelbar und mit Schwerpunkten! Dafür haben die Leitsätze 4 und andere noch den entsprechenden Inhalt. Das müssen wir sofort tun und das ist "die" vordringliche Aufgabe. Darüber herrscht meines Erachtens Einigkeit und ich bitte Sie deshalb, das nicht als Herabsetzen der Volksschulen zu betrachten, sondern als eine Bildungsmöglichkeit für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Als KMU-Vertreter bin ich, Herr Suter, sehr froh, dass Sie sich als Vertreter der Industrie- und Handelskammer nun auch zum KMU-Konzept durchgerungen haben. Ich würde Sie gerne als Gewerbevertreter früher oder später einmal ansprechen.

*Thomas Leitch, Hermetschwil-Staffeln:* Ich muss es einfach glauben! Ich muss glauben, dass die Volksschule, die Bildung und die Berufsbildung dann eben nicht unter den Investitionen leidet, die wir hier vordringlich für die Fachhochschulen vornehmen, für die unsere Fraktion im Übrigen auch ist. Ich habe für die Kommission eine Doppelblatt bekommen: "Schul- und Verwaltungsprojekte sowie Umsetzungsmassnahmen ED, Stand Oktober 1999". Da stehen nicht weniger als 15 teilweise riesengrosse Projekte an. Ich beleuchte einmal den Bereich Volksschule: Es geht um die Strukturreform, die Inspektorsreform, das Englisch an der Oberstufe, Brückenangebote im 10. Schuljahr usw.. Das sind auch alles sehr wichtige Aufgaben, die wir auch an die Hand nehmen müssen. Damit wir genügend Mittel haben, diese wichtigen Aufgaben umzusetzen, müssen wir in diesem Leitsatz auch diese Parallelität verankern, indem es in Leitsatz 1 "eine der vordringlichen Aufgaben" heisst. Wir von der SP-Fraktion können deshalb den Antrag von Herrn Müller unterstützen. Es ist eine kleine Nuance, aber sie hat ein grosses Gewicht. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen!

*Vorsitzender:* Es liegen keine Wortmeldungen mehr zu den Anträgen von Herrn Müller und Herrn Markwalder vor.

*Doris Fischer-Taeschler, Seengen,* Präsidentin der nicht-ständigen Kommission "Fachhochschulen": Zum Antrag von Herrn Müller: Ich habe Ihnen bereits ausführlich dargelegt, dass wir mit 9 zu 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, diesen Antrag in der Kommission abgelehnt haben. Bitte bleiben Sie dabei! Zum Antrag von Herrn Markwalder, der von der SVP-Fraktion gestellt wurde: Wir hatten diesen so in der Kommission nicht vorliegen. Wir haben uns in der Kommis-

sion aber lange unterhalten, wie diese Leitsätze aufgebaut werden sollen. Im Leitsatz 1 wollen wir aussagen, dass wir überhaupt eine Fachhochschule wollen und im Leitsatz 2 sagen wird dann, wie diese aufgebaut werden soll und wo die Einigkeit zu suchen ist. Zuerst eben die Verhandlungen mit Solothurn und dann die Einbindung von Basel. Das kommt alles im Leitsatz 2. Ich bin der Ansicht, dass, wenn wir dem Antrag der SVP so zustimmen würden, wie ihn Herr Markwalder gestellt hat, der ganze Leitsatz 2 hinfällig wird, weil er diesen Weg, den wir aufgezeigt haben, verhindern würde. Dann gäbe es nur noch eine Lösung: Entweder eine gemeinsame Fachhochschule, bei der alle 4 Partnerkantone mitmachen oder eben niemand. Dann geht unsere Fachhochschule im Kanton Aargau vor die Hunde, entschuldigen Sie diesen Ausdruck. Dann können Sie Brugg schliessen, dann gibt es keinen Alleingang mehr, nichts mehr. Ich denke nicht, dass wir heute hier in der Lage sind und die Grundlagen überhaupt haben, einen so weittragenden Entscheid zu fällen. Wir haben in der Kommission nicht darüber gesprochen, aber so wie ich die Kommission einschätze, sollte man beim Vorschlag der Kommission bleiben und zuerst den Grundsatz, dass wir überhaupt eine Fachhochschule wollen, festlegen und dann im Leitsatz 2 ausführen, wie das Ganze sich in der Abfolge abwickeln soll.

*Landstatthalter Peter Wertli:* Zum Antrag von Herrn Müller: Es wurde in der Kommission lange darüber diskutiert. Ich stehe hinter der Formulierung mit dem "die". Um was geht es: Wir haben im Regierungsprogramm gesagt, dass Bildung insgesamt bei uns im Kanton Aargau in der nächsten Legislatur ein Schwerpunktbereich sein müsse. Nun geht es darum, dass man innerhalb dieses Schwerpunktbereiches "Bildung" nochmals Schwerpunkte setzt. Da ist im Moment die Fachhochschulpolitik ein klarer Schwerpunkt dieser Gewichtung innerhalb des Bildungsbereiches. Es geht um die Schaffung einer Fachhochschule. Das ist unsere Standortfrage und Standortpolitik, die wir im Moment betreiben wollen. Da ist der Hebel anzusetzen und die Gewichtung vorzunehmen. Ich verstehe die Bedenken von Herrn Leitch und andern, die befürchten, dass das auf Kosten von andern Bereichen geht. Sie haben die Steuerungsmöglichkeiten über die Legislatur- und die Finanzplanung in der Hand und Sie haben in der letzten Zeit bewiesen, dass Sie auch für die übrigen Bereiche der Volks- und Mittelschule Verständnis haben. Ich erinnere an das Projekt Entlastung Realschulen, Ausbau der Diplommittelschulen usw.. Sie können entscheiden, wo Sie die Gewichtung wollen. Wir von der Regierung haben im Rahmen der strategischen Zielsetzung gesagt: Fachhochschulpolitik muss im Moment bis zum Aufbau und zur Schaffung dieser Fachhochschule eine der Hauptaufgaben und innerhalb der Bildungspolitik eben prioritär sein. Ich bitte Sie, das so stehen zu lassen, wie es die Kommission festgelegt hat.

Zum Antrag von Herrn Markwalder: Diese Leitsätze haben eine Systematik in sich. Im Leitsatz 1 geht es um die grundsätzliche Frage: Will der Kanton Aargau sich im Fachhochschulbereich engagieren, ja oder nein. Und wenn er dazu ja sagt, auf welchem Niveau will er das tun. Das ist die Thematik von Leitsatz 1, indem wir sagen, wir wollen uns in diesem Bereich prioritär engagieren und wir wollen ein hohes Niveau erreichen. Dann kommt in Leitsatz 3 die Umsetzung des Leitsatzes 1, indem wir dort sagen, wir wollen das nicht alleine tun, sondern zusammen mit Partnern in der Nordwestschweiz. In diesem Sinne bin ich der

Meinung, dass es im Leitsatz 1 diese Differenzierung "interkantonal" und "Nordwestschweiz" nicht braucht, weil es hier um den Grundsatz geht, wollen wir uns im Fachhochschulbereich engagieren oder nicht. Deshalb bitte ich Sie, den Leitsatz 1 so stehen zu lassen, wie ihn die Kommission beraten und beschlossen hat und wie ihm die Regierung zustimmen kann. Das Anliegen von Herrn Markwalder findet sich dann in Leitsatz 3.

*Abstimmung:*

Für den Antrag Müller: 59 Stimmen.

Dagegen: 81 Stimmen.

*Abstimmung:*

Für den Antrag Markwalder: 32 Stimmen.

Dagegen: 94 Stimmen.

*Vorsitzender:* Damit ist Leitsatz 1 in der Fassung der Kommission genehmigt.

*Leitsatz 2*

Zustimmung

*Leitsatz 3*

*Doris Fischer-Taeschler, Seengen,* Präsidentin der nicht-ständigen Kommission "Fachhochschulen": Der Leitsatz 3 bleibt unverändert. Die Kommission hat lange darüber diskutiert. Einige Mitglieder sind der Meinung, er sei eine Kampfansage an die Partnerkantone in der Nordwestschweiz. Der Grossteil ist aber mit der aufgezeigten Stossrichtung einverstanden.

Das Ziel ist und bleibt: Bildung einer Fachhochschule Nordwestschweiz.

Der Weg dazu: 1. Priorität: Gemeinsame Trägerschaft mit Solothurn. Vertiefung der Zusammenarbeit mit den beiden Basel. 2. Priorität: Aber nur, wenn die Verhandlungen mit Solothurn scheitern: der Alleingang, mit der langfristigen Optik einer Fachhochschule Nordwestschweiz. Die langfristige Optik bleibt also in allen Varianten eine Fachhochschule Nordwestschweiz.

Mit diesem Leitsatz 3 müssen wir auch dazu stehen, dass wir heute nicht alle Fragen beantworten können. Im Fachhochschulbereich ist vermutlich nichts so sicher, so dass bereits in 3 Monaten die Situation wieder etwas anders ist als heute. Damit müssen wir meines Erachtens leben lernen, weil wir sonst gar nichts in diesem Bereich erreichen. Wir müssen Zwischenschritte erlauben und die Grösse haben zuzugeben, dass wir heute nicht alles wissen, was stattfinden wird.

*Vorsitzender:* Zu diesem Leitsatz liegen 3 Anträge vor.

*Thomas Leitch, Hermetschwil-Staffeln:* Herr Markwalder, Sie haben schon recht, ich bin zwar vorhin sitzen geblieben, aber ich denke, dass Ihr Anliegen jetzt in diesem Leitsatz zu verankern ist. Sehen Sie den zweiten Teil: Hier heisst es: "Sollte keine gemeinsame Lösung mit Solothurn zustande kommen, wird eine eigenständige Lösung realisiert, wobei als langfristige Option die Bildung einer Fachhochschule...usw.". Das ist doch genau dieser störende Satz! Dieser Satz gehört nicht in ein Leitbild und in Leitziele. In einen Leitsatz dieser Ziele gehören Dinge, die wir umsetzen wollen und können, Strategien! Aber doch nicht ein Alleingang!

Wie wollen Sie das finanzieren, wenn im Jahr 2003 der Bundesrat diese Fachhochschule, die wir mit Effort aufgebaut haben, nicht anerkennt. Was wollen Sie dann? Dann stehen wir wirklich vor einem Scherbenhaufen! Das heisst nicht, dass man nichts macht und die Bestrebungen, die man begonnen hat, nicht zu Ende führt. Selbst wenn Sie einen Alleingang beabsichtigten, würden Sie das nie hier verankern. Denn wenn es hier steht, dann können wir nicht mehr anders. Ich bitte Sie deshalb auch im Namen der SP-Fraktion, diesen Teil zu streichen. Es hiesse dann: "Der Aargau strebt zur Bildung einer Fachhochschule Nordwestschweiz die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft mit Solothurn sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit mit den beiden Basel an." Damit haben wir eine klare Ausgangslage.

*Hans Killer, Untersiggenthal:* Ich stelle Ihnen einen Antrag zu 2 Änderungen bei Leitsatz 3. Unser Thema heisst gemäss Botschaft: Ziele der kantonalen Fachhochschulpolitik. Wir sollten daher auch über eigentliche Ziele reden und nicht über undefinierte Optionen. In Leitsatz 3 wird dargelegt, was der Kanton Aargau anstrebt und was zur Erreichung einer Fachhochschule Nordwestschweiz alles ausgehandelt und abgeklärt werden soll. Dieser eigentliche Verhandlungsparagraph lässt im Minimum 3 Möglichkeiten offen: Dabei wird dargelegt, dass - sollte nichts Gemeinsames zustande kommen, - der Aargau eine eigenständige Lösung realisiert. Wir wissen doch alle, dass eine eigenständige Lösung 1. vom Bund nicht akzeptiert und 2. vom Aargau langfristig auch nicht finanziert werden kann. Es kann folglich nicht nur eine Option sein, eine Fachhochschule Aargau zu bilden, sondern es muss das erklärte Ziel sein. Dies als Antrag 2.

Zudem sollte bewusst nicht mit dem Kanton Solothurn eine gemeinsame Trägerschaft und mit den beiden Basel lediglich eine Vertiefung der Zusammenarbeit erreicht werden, sondern die Vereinbarungen sollten mit beiden Parteien, dem Kanton Solothurn, Basel-Land und Basel-Stadt das Gleiche regeln. Es braucht sowohl von der finanziellen Tragbarkeit aus wie auch aus der Bundesförderung Gemeinsames.

Ich stelle Ihnen daher im Namen der praktisch einstimmigen SVP-Fraktion zwei Änderungsanträge zu diesem Leitsatz 3. Der erste Antrag lautet: "Der Aargau strebt als ersten Schritt zur Bildung einer Fachhochschule Nordwestschweiz die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft mit Solothurn und den beiden Basel an." Der zweite Antrag lautet: "Im zweiten Satz ist 'langfristige Option' durch 'Ziel' zu ersetzen." Ich bitte Sie, diesen beiden Anträgen zuzustimmen!

*Dr. Dragan Najman, Baden:* Im Namen der Fraktionsgemeinschaft der SD/FP/EDU-Fraktion stelle ich Ihnen folgenden Antrag: "Im zweiten Satz sei 'eine eigenständige Lösung realisiert' durch 'eine eigenständige Lösung angestrebt' zu ersetzen." Das ist eine Abschwächung dieses expliziten Wortes 'realisieren'. Ich erinnere daran, dass Schätzungen dahin gehen, dass, wenn wir im Alleingang eine Fachhochschule betreiben würden, Mehrkosten von 6 bis 10 Mio. Franken pro Jahr zu erwarten seien. Das Wort 'angestrebt' würde eine weniger explizite Formulierung bedeuten. Ich erinnere daran, dass ich diesen Antrag in der Kommission schon gestellt habe, wobei das Resultat der Abstimmung 7 zu 7 war mit Stichentscheid der Präsidentin. Wenn nicht ein Kommissionsmitglied die Sitzung vorzeitig verlassen hätte, wäre es höchstwahrscheinlich 8 zu 7 für

meinen Antrag gewesen. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

*Vorsitzender:* Zu diesen Anträgen liegen Wortmeldungen vor.

*Geri Müller, Baden:* Ich bin immer noch in der Ausdifferenzierung der beiden Anträge von Herrn Leitch und Herrn Killer. Zum Grundsätzlichen: Es ist eine schwierige Situation, wenn wir hier vorausprogrammieren, dass wir einen Alleingang planen könnten. Das wird hier impliziert. Ich weise darauf hin, was das bedeuten würde: Wenn die Lösung im Alleingang kommt, dann fliegt ein Fachhochschulbereich nach dem andern weg. Es ist klar, dass wir nie und nimmer diese 6 Fachhochschulbereiche durchziehen können. Der erste, der wegfliegt, ist die Pädagogik. Das ist etwas, was wir machen müssen, ob der Bund etwas bezahlt oder nicht. Man könnte das auch so sagen, wie es in der Kommission als Witz vorgebracht wurde: Wir verkaufen die Lehrerbildung in die andern Kantone. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die vereinigten Fraktionen von SVP und FDP das unterstützen würden.

Die Bereiche Gesundheit und Soziales müssen wir machen, koste es was es wolle! Daran müssen wir auch etwas machen. Wir könnten sie auch outsourcen, das ist klar. Dann bleiben letztlich noch diese 3 Bereiche. Es wurde gesagt, welche Bereiche diskutiert werden: Die Technik. Auch Herr Wertli hat gesagt, dass es nicht die Krönung der Menschheit sein kann, nur die Technik als Spitzenposition zu beziehen. Quintessenz wäre dann: Wir haben nur noch einen Fachhochschulbereich und dagegen wehren wir uns ganz klar. Ein Alleingang kommt nicht in Frage!

Wir müssen den andern Kantonen nun Bereitschaft signalisieren, dass wir bereit sind, mit ihnen zu verhandeln und zwar nicht nur aus der Position der Stärke heraus. Vergessen wir das einfach! Es gibt andere Kantone, die auch Vorarbeiten geleistet haben und wir müssen uns dort treffen. Es wird wahrscheinlich in der Abstimmung so sein, dass die Anträge von Herrn Killer gegen den von Herrn Leitch ausgespielt werden. Ich werde garantiert für den Antrag Leitch stimmen. In einem zweiten Durchgang müsste man den Antrag Killer bewilligen, weil dort immerhin die Kampfansage raus ist. Man darf nicht vergessen, dass dieser Satz drin ist, um zu sagen: Wir meinen es ernst; wenn ihr nicht dabei seid, dann machen wir es halt alleine! Das ist irgendwie pädagogisch nicht sehr sinnvoll.

*Dr. Max Brentano, Brugg:* Es gibt noch eine gewisse Verwirrung, denn in den letzten Wochen haben wir wesentliche Klarheit bekommen. Es geht einerseits um strukturelle Fragen, das sind die Fachhochschulen. Es wird 7 Fachhochschulen in der Schweiz geben, das ist die entschiedene Meinung im Bundesbern und es wird ungefähr 60 Teilschulen bzw. Ausbildungsorte und 250 Studiengänge geben. Auf Bundesebene wird prioritär im Jahre 2003 darauf geschaut, welche Ausbildungsgänge dem Bedürfnis und unseren Vorstellungen entsprechen. Von dorthin wird dann der Integrationsdruck kommen. Wenn wir sagen, wir wollen, ob nun mit Basel oder mit Solothurn oder auch alleine, gewisse Studiengänge, die gerade für unsere Wirtschaft im Kanton Aargau sehr wichtig sind, etablieren, auch wenn wir nicht vorweg die organisatorischen Strukturen gemacht haben, dann ist das der Entscheid, dass wir effektiv hier auch eine eigenständige Lösung suchen wollen. Das heisst nicht, dass wir vom Bund erreichen wollen, dass es eine Aargauer

Fachhochschule unter 30 ändern gibt. Da wird sich der Bund nicht mehr wegbewegen. Wenn wir aber in den nächsten 3 Jahren spezifische Studiengänge erarbeiten und ausführen und dieses Angebot sehr gut definieren und entsprechend auch eine Nachfrage besteht, dann werden wir auch in einer eigenständigen Lösung früher oder später diese Studiengänge integriert haben. Wir werden übrigens in einem nächsten Leitsatz über eine einheitliche Schulleitung sprechen. Aber auch wenn eine Schulleitung ist, haben wir immerhin 3 Bereiche, die ganz bestimmt mit den vom Bund anerkannten Fachhochschulen nichts zu tun haben. Das ist Gesundheit, Soziales und Pädagogik. Der Bund hat sich festgelegt, in welchem Bereich er in die Fachhochschulpolitik eingreifen wird, nämlich im Bereich Technologie, Informatik und Gestaltung. Er wird sich nicht in die ändern Bereiche einschleusen.

Im Aargau haben wir also ein System, das wir aufbauen, aber wir haben auf der ändern Seite einen Einbau ins nationale Ausbildungssystem, wo wir exklusiv, oder auch mit ändern zusammen, bestimmte Bereiche anbieten werden. Deshalb sage ich, dass wir das realisieren müssen. Wir haben für diese spezifischen Studienbereiche noch 3 Jahre Zeit, ob sie eingegangen sind. Bezogen auf Geld heisst das: Je nach dem können wir mehr oder weniger aufbauen. Das ist eine Ermessensfrage, die hier auch noch zu diskutieren ist. Ich bin aber der Meinung, dass wir uns nun nicht wieder aus diesem festen Willen zurückziehen dürfen, in unserem Kanton Aargau ein Angebot im Bereich der Fachhochschule zu machen, wo nämlich auch Forschung und angewandtorientierte Entwicklung stattfinden. Wenn wir nun so zögerlich vorgehen und sagen, dass, wenn vielleicht die Nordwestschweiz doch nicht will, tun wir dann auch nicht! Wir müssen Ausbildung anbieten und nicht Hochschulen!

*Dr. Roland Bialek, Buchs:* Wir müssen hier letztendlich einsehen, dass wir nicht alles bestimmen können! Wir können nicht bestimmen, ob die ändern mit uns zusammenarbeiten wollen oder nicht. Wir müssen die jetzige Situation analysieren und uns überlegen, was der sinnvolle Weg ist und was wir machen, wenn der sinnvolle Weg, der nächste Schritt nicht möglich ist. Wir können nicht den ersten Schritt einfach nur vorbeigehen lassen und nochmals zusammenkommen und wieder diskutieren, was wir dann machen. Im Moment ist doch die Situation so, dass wir mit dem Kanton Solothurn, so wie es aussieht, Chancen haben, eine gemeinsame Trägerschaft zu entwickeln. All jene, die in diesem Bereich Zusammenarbeit wünschen, müssten dieser Idee zustimmen. Was aber, wenn das nicht zustande kommt? Was ist die Folgerung? Das kann doch nicht sein, dass wir dann sagen, gut, die gemeinsame Zusammenarbeit ist nicht gelungen, wir hören auf, wir schliessen unsere Fachhochschulen und überlassen das Feld den ändern. Das ist sicher kein realistischer Entscheid. Wir werden, obwohl wir uns bewusst sind, dass das die schlechtere Lösung ist, in einer Zwischenzeit wahrscheinlich so weiterfahren müssen, das heisst eine eigenständige Lösung! Das ist ja mehr oder weniger etwa die Situation, die wir heute haben, aber mit der Option und der Vision, dass wir ganz genau wissen, dass wir zusammenarbeiten müssen, weil die ganze Sache sonst zu teuer wird. Deshalb schauen Sie sich diesen Ablauf an. Er hat mit der Analyse der heutigen Realität zu tun. Er zeigt einen Weg auf, wie wir einen Beitrag im Bereich der Fachhochschulen leisten können und wie wir vorgehen wollen. Ich denke, dass dieser Weg in der heutigen Situation sinn-

voll ist und gibt nicht beim ersten Schritt, wenn der scheitert, einfach ein Stoppsignal. Zum Antrag von Herrn Najman: Was sind Ziele? Ziele sind Dinge, die man anstreben will. Deshalb darf der Inhalt des Zieles dann auch etwas konkreter gefasst werden. Es sind ja Ziele, es ist eine Richtung, die wir gehen wollen. Mit dem legen wir ja kein Gesetz fest, dass dann für immer und ewig festschreibt, dass dann eine eigenständige Lösung gemacht wird. Ich bitte Sie deshalb, den Leitsätzen, so wie sie hier geschrieben sind, zuzustimmen!

*Thomas Leitch, Hermetschwil-Staffeln:* Ich verwehre mich gegen den Vorwurf, dass wir bei Streichung des zweiten Teils dieses Leitsatzes aufgeben oder klein begeben oder etwas abbrechen, das wir bis jetzt haben. Schauen Sie sich doch noch einmal den Leitsatz 2, den wir alle vorhin gutgeheissen haben, an. Hier steht es: Der Kanton Aargau verfolgt das Ziel, konkurrenzfähige Positionen im Fachhochschulbereich auszubauen, bisherige Stärken zu optimieren und zukunftssträchtige Positionen aufzubauen. Also, was nicht zukunftssträchtig ist, werden wir auch nicht aufbauen, wenn wir diesen Satz streichen - und sonst eben nicht.

*Vorsitzender:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr zu den Anträgen vor. Ich schliesse die Beratung.

*Doris Fischer-Taeschler, Seengen, Präsidentin der nicht-ständigen Kommission "Fachhochschulen":* Eine Aussage von Herrn Müller sei hier einleitend richtiggestellt: Er spricht von Kampfaussagen. Ich habe das schon in meinem Referat dargelegt; er hat es jetzt noch einmal gebraucht, deshalb kann ich sagen, dass es von ihm ist. Meines Erachtens vertauscht er da etwas oder hört zu stark auf die Basler. Wenn man offenlegt, welchen Weg man beschreiten will, ist das eine Offenlegung, was nicht unbedingt eine Kampfansage sein muss. Wenn der Kanton Aargau mehr oder weniger dezidiert sagt, welches sein Weg ist, dann ist das nicht eine Kampfansage, sondern auch eine Verhandlungsbereitschaft gegenüber Solothurn und Basel-Land.

Zu den beiden Anträgen der SVP-Fraktion: Sie wurden in der Kommission leider nicht gestellt, weshalb wir nicht die Chance hatten, darüber zu befinden. Die SVP hat in der Kommission Zustimmung zu allen Leitsätzen signalisiert und das auch so zu Protokoll gegeben. Zum ersten Antrag (Einfügung von Solothurn und den beiden Basel): Er verbaut uns gewisse Möglichkeiten, die wir nun nicht verbauen sollten. Wir sollten uns hüten, heute Türen zu schliessen, die noch nicht geschlossen werden müssen. Behalten wir uns doch alle Optionen offen.

Zum zweiten Antrag (Ersetzung der langfristigen Option durch Ziel): Da habe ich persönlich nichts dagegen, aber wie gesagt, es wurde in der Kommission nicht diskutiert. Ich könnte mir vorstellen, dass dieser Antrag in der Kommission allerdings durchgegangen wäre.

Zum Antrag von Herrn Leitch: Dieser wurde bereits in der Kommission gestellt und dort mit 4 zu 11 Stimmen eindeutig abgelehnt.

Zum Antrag von Herrn Najman: Ich habe den Stichentscheid getroffen für das "Anstreben" gegenüber dem "Realisieren". Das Realisieren lässt eben im Endeffekt auch keine weiteren Optionen offen. Wenn man etwas mit jemanden zusammen realisieren will, kann man das nicht einseitig tun, sondern eben gemeinsam. Man muss an einen Tisch sitzen und eine

möglichst gute Lösung mit den beiden Partnern anstreben und dann ist das eben "Anstreben" und nicht "Realisieren". Das war der Grund, dass ich - übrigens das erste Mal meiner Lebtag den Stichtscheid hatte -, für das "Angestrebte" ausgesprochen habe. Ich meine, dass das immer noch der richtige Weg ist, dass man das "Anstreben" drin lässt, weil wir weder mit Solothurn noch mit den beiden Basel am Ziel angelangt sind. Dann können wir nicht etwas einseitig aus dem Aargau heraus realisieren, was uns passt und den andern allenfalls nicht.

*Landstatthalter Peter Wertli:* Generell will ich sagen, dass diese Leitsätze im Prinzip durchdacht sind und in einem gegenseitigen Zusammenhang stehen. Sie sind in eine Systematik einzuordnen. Daher macht es Probleme, wenn man da nun Änderungen vornimmt, die im Gesamtkontext nicht mehr stimmig sind. Von daher beantrage ich Ihnen, diese Leitsätze nun so stehen zu lassen, wie sie effektiv in der Kommission ausdiskutiert und letztlich beschlossen worden sind.

Zum Antrag von Herrn Leitch: Zusammenarbeit braucht zwingend Partner. Wir sind darauf angewiesen, wie Herr Bialek richtig festgehalten hat, dass die andern mitmachen. Wenn die andern nicht mitmachen, dann wollen wir ja nicht einfach die Segel streichen und nichts mehr tun im Fachhochschulbereich, sondern dann müssen wir uns nach einer andern Lösung umschaun, die im Extremfall eben bis zur Eigenständigkeit gehen kann. Sollte das der Fall sein, dass wir weder mit den beiden Basel noch mit Solothurn etwas tun können, dann kommt verstärkt der Leitsatz 4 zum Tragen, der da sagt, dass dann ganz bewusst und betont noch stärker Schwerpunkte gesetzt werden müssen, weil wir ja nicht im ganzen Bereich tätig sein können. Wir können nur im ganzen Bereich tätig sein, wenn wir das mit andern Partnern zusammen tun können. Wenn wir also mit Basel und mit Solothurn keine Lösung erreichen, dann wollen wir trotzdem, nachdem wir schon im Universitätsbereich nichts haben, im Fachhochschulbereich für unseren Kanton etwas haben. Dann werden wir uns aber erst recht auf den Leitsatz 4 konzentrieren und Schwerpunkte bilden. Dann stellt sich die Frage, ob es sich bei diesen Schwerpunkten nur um die Technik handelt oder auch um andere.

Zum Antrag von Herrn Killer (Ziel statt Option): Da ver-giesse ich kein Herzblut. Persönlich meine ich, der Begriff 'Option' sei besser, weil er eine Möglichkeit aufzeigt, die wir anpeilen wollen. Ob das dann aber erreichbar ist und in diesem Sinne schon als fixes Ziel genannt werden kann, steht noch offen.

Zum Antrag von Herrn Killer (beide Basel gleichwertig mit Solothurn mitzunehmen): Herr Killer, das geht nicht! Die beiden Basel haben klipp und klar einer Regierungsdelegation gesagt: Die gemeinsame Fachhochschule ist für uns im Moment kein Thema. Wir reden über Zusammenarbeit, über Schwerpunktbildung, aber die gemeinsame Fachhochschule ist im Moment kein Thema. Davon müssen wir einfach Kenntnis nehmen. Von daher macht es Sinn, dass man das Ganze schrittweise aufbaut und sagt, dass man das erst mit dem Partner, der bereit ist zur Zusammenarbeit bis hin zu einer gemeinsamen Trägerschaft macht. Das verärgert die beiden Basel nicht, indem man eben trotzdem mit ihnen zusammenarbeitet. Später kommt es dann möglicherweise in einem weiteren Schritt dazu, dass man auch die beiden Basel in eine gemeinsame Fachhochschule einbinden kann. Wenn

wir im Sinne des Antrags von Herrn Killer die beiden Basel gleichwertig mit Solothurn mitnehmen, dann entspricht das nicht der Realität.

Zum Antrag von Herrn Najman: Da geht es letztlich um die Frage, wie dezidiert, wie energisch wir das wollen. Wir haben gesagt, dass wir das machen wollen. Wir lassen uns von diesem Weg nicht abbringen. Von daher ist das Wort 'realisieren' natürlich stärker. Es zeigt deutlicher, dass wir das wollen und streben es nicht nur, wie es Herr Bialek gesagt hat, im Sinne einer Zielsetzung an, sondern das wollen wir auch realisieren.

Eine kleine Korrektur noch zu Herrn Brentano: Er sagte, die Bereiche Soziales und Gesundheit seien nicht im Bereich des Bundes. Die Berufsbildung bewegt sich aber. Es besteht die Absicht, neben den klassischen BBT-Berufen auch die andern Berufe wie Soziales und Gesundheit eben auch in den gleichen Kompetenzbereich einzubinden. Das neue Berufsbildungsgesetz zeigt in diesem Sinne Weichen vor. Die Trennung zwischen BBT-Berufen und Nicht-BBT-Berufen oder früheren BIGA-Berufen und Nicht-BIGA-Berufen wird aufgebrochen. Es wird letztlich eine einheitliche Berufsbildung in dieser Schweiz geben. Ich bitte Sie deshalb, dem Leitsatz so zu entsprechen, wie er hier steht.

*Vorsitzender:* Wir stimmen über jeden Änderungsantrag einzeln ab.

*Abstimmung:*

Für den Antrag Leitch: 43 Stimmen.

Dagegen: 87 Stimmen.

*Abstimmung:*

Für den ersten Antrag (Einbezug Solothurn und beide Basel) Killer: 57 Stimmen.

Dagegen: 53 Stimmen.

*Abstimmung:*

Für den zweiten Antrag ("Ziel" statt "Option") Killer: 60 Stimmen.

Dagegen: 14 Stimmen.

*Abstimmung:*

Der Antrag Dr. Najman ("angestrebte" statt "realisiert") wird von einer offenkundigen Mehrheit, bei 12 befürwortenden Stimmen, abgelehnt.

*Vorsitzender:* Wir stimmen über die bereinigte Fassung des Leitsatzes 3 ab.

*Abstimmung:*

Für die bereinigte Fassung von Leitsatz 3: 105 Stimmen.

Dagegen: 5 Stimmen.

*Leitsatz 4*

*Doris Fischer-Taeschler, Seengen, Präsidentin der nicht-ständigen Kommission "Fachhochschulen":* Wir sind uns bewusst, dass wir die in Leitsatz 2 und 3 geschilderte Fachhochschule ohne zusätzliche finanzielle Mittel nicht aufbauen können. Deshalb die Aussage, dass wir, damit der Aargau Fachhochschul-Standort bleibt, mehr Mittel einschiessen müssen. Ein Teil der Kommission moniert, dass wir nichts aussagen darüber, woher wir diese zusätzlichen Mittel nehmen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass dies nicht in eine

strategische Aussage gehört. Wir müssen uns hier in diesem Parlament im Rahmen der Diskussion über die Reform der Staatsaufgaben (was macht die öffentliche Hand noch und was nicht) und der notwendigen Debatte über die Prioritätensetzung (wo setzen wir wieviel des zur Verfügung stehenden Geldes ein) dazu aussprechen.

Sachpolitisch sind wir mehrheitlich der Meinung, dass der Fachhochschulbereich:

a) eine Staatsaufgabe ist, die nicht ausgelagert oder privatisiert werden kann und

b) eine Aufgabe, welche hohe Priorität bei der Zuteilung der Mittel geniessen muss.

Wir wissen aber auch, dass wir nicht unbegrenzt Mittel zur Verfügung haben. Daher wollen wir, dass sich die zur Verfügung gestellten Mittel auf Schwerpunktbereiche konzentrieren (wir können nicht alles machen) und vorab zur Qualitätssteigerung des Fachhochschul-Angebotes und des Standortes eingesetzt werden.

Abstimmung in der Kommission: 13 zu 2, bei einer Enthaltung.

*Vorsitzender:* Es liegen 2 Anträge zu diesem Leitsatz vor.

*Walter Markwalder, Würenlos:* Der Mitteleinsatz für die Bildung ist nicht unbegrenzt. So gesehen empfindet der gewöhnliche Leser den Leitsatz 4 tatsächlich als Diskriminierung oder mindestens ein Zurückversetzen aller anderer Bildungsbereiche. Zudem zementiert der Leitsatz 4 den Standort Aargau. Er ist ein Blankocheck des Grossen Rates an den Regierungsrat und die verantwortliche Kommission und an die Schulleitungen. Dieses wird dem Grossen Rat bei den zukünftigen finanzpolitischen Auseinandersetzungen auch vorgehalten werden. Die finanziellen Bedürfnisse müssen sich erstens den Möglichkeiten des Kantons unterziehen und zweitens jederzeit unvoreingenommen besprochen werden können. Dass es etwas kostet, ist uns allen bewusst. Mit der Streichung könnte aber ein grosses Unbehagen beseitigt werden. Ich bitte Sie deshalb, den Leitsatz 4 zu streichen.

*Geri Müller, Baden:* Es ist schade, dass das Postulat von Herrn Scholl betreffend Erfassung des personellen und finanziellen Aufwandes noch nicht behandelt ist. Nächste Woche werden Sie, so Gott oder Herr Gloor es will, hoffentlich überweisen. Denn Herr Scholl von der FDP fordert, dass bei jedem Geschäft darzulegen sei, was es kostet und wieviel Beschäftigte dieses auslöst. Warum dieser Exkurs in freisinnige Vorstösse? Leitsatz 4 verlangt, dass der Kanton sich mit zusätzlichen finanziellen Mitteln im Fachhochschulbereich engagieren will. Nur sagt der Strategiebericht nicht umfassend, wie teuer das sein wird und woher das Geld genommen werden soll. Zuerst die Frage der Kosten: In der Botschaft stehen 2 "von-bis"-Zahlen. Die Fachhochschule würde bis 2003 15 - 20 % mehr kosten als heute oder 9 - 12 Mio. Franken oder ca. 1 Steuerprozent. Dazu kommen Investitionskosten für allfällige Standortkonzentrationen; dazu gibt es keine Zahlenangaben. Was der Alleingang kosten würde, ist noch nicht erwähnt. Für die Zusatzleistungen schätzt man jährlich weitere 6 - 10 Mio. Franken, für den Alleingang mindestens aber das Doppelte, dessen Option nun aber reduziert worden ist. Im Falle des Alleingangs kommt noch ein weiteres Problem hinzu: Die kritische Grösse der Schule ist in Frage gestellt, so dass höchstwahrscheinlich Zusatzkosten entstehen müssten.

In der Kommission wurden dann mehr oder weniger originelle Vorschläge zur Lösung dieses Problems vorgetragen. Was heute substanziell zur Kostenfrage gesagt wurde - und da ist Herr Regierungsrat Wertli sehr ehrlich, wenn er sagt, dass er nicht wisse, woher das Geld genommen werden soll. Einfach so als Bilanz von der Kommissionssitzung: Nachdem wir es beraten und abgeschlossen hatten, wurde gemeldet, dass man dann nicht alles bezahle, was vorgetragen wird. Mit der Finanzierung steht und fällt die ganze Geschichte. Wenn wir heute nicht in der Lage sind, zu sagen, woher wir das Geld nehmen, können wir die Sache vergessen, sonst bedrohen wir wirklich andere Bereiche. In diese Richtung geht auch der Antrag: Wir wollen nicht sagen, woher das Geld kommt. Das können Sie selbst sagen. Es gibt hier viele Finanzpolitiker, die sehr genau wissen, wo das Geld versteckt ist.

Wir beantragen Ihnen aber, zu sagen, woher es nicht kommen darf, nämlich aus den andern Bildungsbereichen. Diese dürfen nicht angeschnitten werden, weil wir dort genügend Handlungsbedarf haben. Es darf im Falle der Gesundheit und des Sozialen keine Leistungseinbussen in der Tätigkeit des staatlichen Handelns geben. Wenn diese Vorgaben hier unterschrieben werden können via Aussage über Tonband und so, können wir der Fachhochschule zustimmen. Wenn das nicht möglich ist, dann kann man die Fachhochschule in dieser Art und Weise nicht annehmen. In diesem Sinne sind die Anträge formuliert, die ich leider nicht mehr auswendig weiss.

*Denise Widmer, Brugg:* Wir befinden uns tatsächlich in der unendlichen Geschichte der Fachhochschulpolitik. Ich stelle Ihnen folgenden Eventualantrag, falls der Antrag von Herrn Markwalder angenommen wird, was ich nicht hoffe. Es ist eines der vorrangigen Ziele, dass der Kanton Aargau seine Schwerpunktbereiche ausweist. Wenn wir den ganzen Leitsatz 4 streichen, ist genau auch die Qualität und die Stärke des Kantons Aargau gefährdet. Deshalb schlage ich Ihnen vor, dass wir dann wenigstens den Bereich "er konzentriert sich auf Schwerpunktbereiche usw." trotzdem als Leitsatz 4 formulieren. Dann können wir immer noch über die finanziellen Mittel streiten, wenn es dann irgendwann einmal spruchreif sein sollte. Es ist aber ein ganz klarer Auftrag, dass uns die Steigerung der Qualität im Fachhochschulangebot eines der prioritären Ziele sein soll und sein wird. Ich bitte Sie, diesen Eventualantrag zu unterstützen, falls Sie den ersten Antrag auch unterstützen.

*Dr. Max Brentano, Brugg:* Einen Teil hat Frau Widmer vorweggenommen. Wenn Sie die ursprüngliche und die neue Fassung des Leitsatzes 4 betrachten, sehen Sie eine Differenz: Zuerst war der generelle Einsatz für die Fachhochschulen und jetzt heisst es, dass wir bereit sind, innerhalb der Fachhochschulen Prioritäten in bestimmten Ausbildungsbereichen zu setzen. Das ist gerade die Voraussetzung, damit man die Mittel noch steuern kann. Erstens ist es richtig, dass mehr Mittel aufgewendet werden müssen. Wenn dieser Rat sagt, dass die Fachhochschulen und unser Engagement dabei die Priorität bildungspolitischer Natur in diesem Kanton sein wird für die nächsten Jahre, dann ist sich auch jeder bewusst, dass er hier Mittel einschießt, welche er vielleicht an einem andern Ort wieder sparen muss. Das muss nicht zwingend im Bildungsbereich sein. Wenn wir zudem wissen, dass wir zweitens limitierte Mittel haben, dann müssen wir uns entscheiden, ob wir überall ein

bisschen was machen wollen oder ob wir uns auf gewisse Ausbildungsschwerpunkte im Kanton Aargau festlegen wollen, um dort zu investieren, statt das Geld einfach mit der Giesskanne auszuteilen. Das will dieser Satz sagen! Dieser vierte Satz schafft die Voraussetzungen, um in der Budgetdebatte allenfalls festzulegen, welche Bildungsprogramme, Ausbildungsprogramme und Fachbereiche für uns schwergewichtig zu behandeln sind. Das ist gezielte Prioritätensetzung auch innerhalb der Fachhochschule dannzumal! Das ist nicht das Giesskannenprinzip, sondern wir wollen uns das vorbehalten.

Ich bitte Sie sehr darum, diesen Leitsatz 4 so stehen zu lassen, wie er steht. Denn wenn Sie den rausnehmen, dann haben Sie zukünftig kein Steuerungselement mehr, wenn Sie in den Ausbildungsprogrammen Schwerpunkte setzen wollen. Ich denke nicht, dass das Ihre Absicht ist, dass wir schlussendlich nirgendwo zur Fachhochschulreife gelangen, sondern überall etwas über Fachhochschule erzählen, aber keine bestimmten Ausbildungsbereiche anbieten, die auch die nationale Bundesanerkennung erhalten. Ich bitte Sie, auch im Namen der CVP-Fraktion, diesen wichtigen Leitsatz so zu belassen.

*Thomas Leitch, Hermetschwil-Staffeln:* Ich möchte diesen Satz auch belassen, obwohl es hier heisst, der Kanton Aargau wolle sich mit zusätzlichen finanziellen Mitteln im Fachhochschulbereich engagieren. Das Wort "zusätzlich" bedeutet für mich, dass man hier auch eine Diskussion führen muss, woher diese zusätzlichen Mittel kommen und zwar nicht auf Kosten von etwas anderem. Da muss eine Steuerfusserhöhung auch wieder ein Thema sein! Es muss diskutiert werden können, Sie wissen es alle, dass 1 Steuerprozent je nach Sicht 11 - 13 Mio. Franken ausmacht. Wir haben ja Mehrausgaben in der Botschaft von 15 % und das liegt in diesem Grössenbereich. Wir könnten in der SP-Fraktion diesen ganzen Sätzen zustimmen, wenn wir etwas spüren würden, was Sie bezüglich der Aufhebung des Steuerrabatts denken! Bei der SVP, muss ich sagen, da spürt man wenigstens, was sie denken. Herr Burgherr hat beim Eintreten klar gesagt, dass Sie keine Erhöhung wollen und konsequenterweise diesen Satz streichen wollen. Dass es natürlich noch andere Konsequenzen hat, hat meine Vorrednerin, Frau Widmer, gesagt. Man kann diesen Satz, besonders den zweiten Teil, mit den Schwerpunktbereichen nicht streichen. Aber bitte, sagen Sie mir doch jetzt einmal: Wie wollen Sie das finanzieren? Sehen Sie die Lösung in der Aufhebung des Steuerrabattes, mindestens 1 % eben für diese zusätzlichen finanziellen Mittel und dieses zusätzliche Engagement - oder ist das kein Thema? Das möchten wir hören! Dann können wir hier auch zustimmen, obwohl unsere Anliegen nicht durchgekommen sind. Zudem ist die SVP auch nicht ganz konsequent. Wenn Sie hier alles streichen wollen, dann hätten sie vorher bei diesen Lösungen, die wir im zweiten Teil von Leitsatz 3 streichen wollten, auch zustimmen müssen. Das verstehe ich nicht! Das ist ein Widerspruch! Wenn Sie hier Mehrausgaben ins Auge fassen, so wie es jetzt steht, dann kann das nämlich der Fall sein. Das ist doch nicht logisch! Sie streichen hier am falschen Ort!

*Martin Troller-Zumsteg, Münchwilen:* Die SVP hat Wahlversprechen einzulösen! Sie fordert gute Rahmenbedingungen. Darunter versteht die SVP gut ausgebildete Berufs- und Fachleute und tiefe Steuern. Die SVP stimmt der Fachhochschule mit Spitzenniveau und international anerkannten Ausweisen zu. Bis jetzt hat die SVP mitgemacht und A

gesagt. Die Papierarbeit ist beendet. Es geht jetzt um die Umsetzung. Die Fachhochschule ist ohne finanzielle Mittel nicht zu realisieren. Die SVP stellt Antrag, diese Mittel zu verweigern, sagt also nicht B. Sie will international anerkannte Ausweise, hat dem zugestimmt. Die SVP will wieder einmal die Rosinen für die Insel Schweiz herauspicken. Sie ist aber sonst grundsätzlich gegen stärkere, internationale Beziehungen. Ich ersuche die SVP, einmal klar und deutlich zu erklären, wie denn die Fachhochschule Aargau oder die Fachhochschule Nordwestschweiz zu finanzieren sei, wenn nicht mit zusätzlichen Mitteln! Man kann nicht im Land herumelfern und sagen: Wir wollen 10 % weniger Steuern! Wir wollen keine neuen Aufgaben, diesen aber dann doch zustimmt, um schlussendlich die finanziellen Mittel zu verweigern!

*Dr. Roland Bialek, Buchs:* Eigentlich habe ich gemeint, wir seien beim Thema Fachhochschulen und nicht beim Thema Steuerfuss. Natürlich ist die Finanzfrage eine wichtige Frage und die Lösung ist noch nicht da. Aber lesen wir doch einmal, was hier geschrieben steht: Es geht um zusätzliche finanzielle Mittel. Nun wird gesagt, das sei ein Blankocheck! Wir sind uns bewusst: mit 1 Franken mehr als heute wird es nicht gehen, das ist klar. Aber das ist kein Blankocheck. Denn solange der Grosse Rat noch die Kompetenz über das Budget hat, wird er bestimmen, was da an Geld fliessen wird oder nicht. Solange der Grosse Rat noch Dekrete erlassen und über diesen Weg etwas machen kann, wird er es über diesen machen. Aber sicher hat die Regierung dadurch keinen Blankocheck. Das stimmt einfach nicht! Was soll denn das aber, wenn man diesen Leitsatz streicht? Früher sagte man: Was nichts kostet, ist nichts wert! Ist die neue Regelung: Was etwas kostet, ist nichts wert und wird deshalb gestrichen? Ist das die Idee? Oder steckt man einfach den Kopf in den Sand und sagt, wir wollen da nicht dabei sein, als man uns gesagt hat, es kostet etwas? Wir müssen uns bewusst sein, dass die ganze Sache etwas kosten wird und wir müssen uns genauso bewusst sein, dass wir das Problem, woher wir das Geld nehmen sollen, noch nicht gelöst haben. Das stellen wir hier fest und das hat nun eben mit einer Zielsetzung zu tun. Wenn das schon ein Konzept wäre, dann würde ich verlangen, dass man sagt: Es kostet soviel und da kommt das Geld her. Aber das ist eine Zielsetzung und es ist meines Erachtens richtig, dass man innerhalb der Zielsetzung weiss, dass das Geld kosten wird. Wo wir es hernehmen, da muss man den Spielraum im Moment bewusst offen lassen. Deshalb kann man nicht sagen, ob das eine Steuererhöhung sein wird oder aus einem andern Bereich genommen wird. Es wäre unfair, wenn man nun mit diesem Sachgeschäft schon etwas anderes verknüpft! Wollen wir denn sagen, wir nehmen das Geld von dieser bestimmten Stelle und tun es hier hinein. Das ist doch keine seriöse Finanzpolitik! Wir müssen doch das auch im Zusammenhang anschauen. Deshalb ist der Satz meines Erachtens so, wie er hier ist, richtig. Beachten Sie auch, dass er auch etwas abgeschwächt wurde. Es steht nichts mehr von erheblichen finanziellen Mehrleistungen. Es ist rein die Feststellung, dass wir hier zusätzliche finanzielle Mittel einsetzen müssen. Seien Sie doch ehrlich: Wenn wir sagen, dass wir eine Fachhochschule wollen, dann sind das letzten Endes die Konsequenzen. Sind wir uns aber auch bewusst, dass das in Zukunft ein Kampf geben wird, aber noch nicht heute. Heute müssen wir die Grundidee festlegen, ob wir in diese Richtung gehen wollen oder nicht.

*Walter Markwalder, Würenlos:* Ich stelle mit Befremden fest, dass man auch in diesem Saal nicht zuhören kann und durch voreingenommene Meinungen zementiert ist. Ich habe den Antrag zu Leitsatz 4 in meinem Namen gestellt. Ich habe mit keinem Wort die SVP erwähnt. Das zu jenen, die mich oder die SVP angeschwärzt haben. Die SVP ist für die Fachhochschule! Das wurde von uns heute schon mehrmals kundgetan. Es ist aus unseren Reihen kein einziger Satz gefallen, dass wir dafür kein Geld einstellen oder ausgeben wollen. Aber ich, als Mitglied der Staatsrechnungskommission des Grossen Rates habe die Erfahrung gemacht, dass wir dann in der nächsten Debatte, wo es um die Finanzpolitik geht und man irgendwo etwas sparen möchte, dann heisst, dass das Sache der Sachpolitik sei und hier am falschen Ort ist, hätten Sie es doch dort gesagt. Darum mein Antrag zu Leitsatz 4. Ich bin überzeugt und habe das volle Vertrauen in den Regierungsrat und in die vorberatenden Kommissionen, dass Sie uns eine günstige Fachhochschule unterbreiten werden und nicht, wenn wir diesen Leitsatz 4 auch streichen, nachher überborden und das Gefühl haben, es sei ein Fass ohne Boden.

*Urs Hümbeli, Häggingen:* Die SD kann dem Leitsatz 4 nicht zustimmen, da keiner - nicht einmal der Herr Regierungsrat - in diesem Saal uns aufzeigen konnte, woher die zusätzlichen Mittel kommen sollen. Ich frage nun die SVP: Nach dem grossen Wahlsieg hat sie versprochen, keine neuen Steuern einzuführen. Also ist die hundertprozentige Steuerannahme von linker Seite her nicht akzeptabel und auch von unserer Seite nicht. Die CVP konnte auch nicht aufzeigen, woher die finanziellen Mittel kommen sollen. Ich frage Sie nun aber: Wenn wir dem hier zustimmen wollen, müssen wir doch wissen, woher wir das Geld nehmen wollen! Wenn Sie ein Haus kaufen wollen, gehen Sie auch zur Bank und sagen, ich habe das, können sie mir den Rest draufgeben. Ich kaufe nicht erst ein Haus und gehe dann zur Bank und diese sagt, ich kann ihnen das Geld nicht ausleihen.

Meine Damen und Herren aus der CVP: Wir wollen wissen, woher Sie dieses Geld aus dem Budget nehmen und wen Sie dann bestrafen. Wir haben doch hier im Saal einmal gesagt, dass wir keine neuen Steuern mehr aufheben wollen, ohne dass wir das sonstwo einsparen und aufzeigen, wo wir einsparen, wenn wir etwas Neues bestimmen. Das kam von ihrer Seite! Die SVP nehme ich auch beim Wort: Sie soll aufzeigen, wo dieses Geld genommen wird und die EVP dazu!

*Geri Müller, Baden:* Ich möchte bei den Vorrednern anknüpfen: Ich habe das Vertrauen in die Regierung, noch. Ich habe das Vertrauen - und das zeigt die Debatte hier - weniger in den Grossen Rat, obwohl ich auch dazu gehöre. Wenn Sie sehen, wie emotional die Diskussion hier geführt wird, woher das Geld genommen werden soll, dann müssen wir klar sehen, wer würde hier welche Interessen wann vertreten. Dann will ich diese Interessenvertreter und Interessenvertreterinnen sehen, wenn es bei der Volksschule und bei der Berufsbildung eng wird. Hier kann man nun eine tolle Abstimmungsschlacht leisten, um morgen in den Medien zu sagen, dass man derjenige gewesen sei, der für die Fachhochschulen eingetreten ist. Die Finanzierung, das ist dann Sache von andern Leuten. Das ist, was hier stossend ist. Herr Leitch hat Sie gebeten zu sagen, woher das Geld kommen soll. Es war bisher noch keiner da, der darauf eine Antwort gab. Sind es diese 3 Steuerprozente? Edle Zurück-

haltung. Sind es andere Bereiche, wo man seine Popularität aufs Spiel setzt? Edle Zurückhaltung. Kommen Sie nun bitte nach vorne und sagen Sie, wie Sie das bezahlen wollen! Ich spreche dabei von jenen Parteien, die hier die Mehrheiten ausmachen. Dann können wir darüber reden.

Es ist nicht - und da muss ich an Herrn Bialek appellieren - einfach so, dass man sagt, es sei ein Strategiepunkt und da solle man einfach mal reingehen und schauen, was dabei rauskommt. Es geht hier um Millionen, die noch nicht gesichert sind! Das haben wir auch in der Kommission gesehen: Es geht hier in Gottes Namen um 6 - 9 Mio. Franken. Das sind 50 % mehr oder weniger. Auch da gibt es keine Sicherheit. Ich will keine todsichere Geschichte erfahren, aber ich will absichern - und das ist mit diesem Antrag auch gewährleistet -, dass wir nicht die Grundschule oder soziale und gesundheitliche Einrichtungen schädigen. Wenn Sie dem zustimmen können, ist Vieles erledigt. Wenn Sie dem nicht zustimmen können, dann führt irgendjemand was im Schilde und das ist ein Problem.

*Katharina Kerr Rüesch, Aarau:* Warum müssen wir das jetzt diskutieren? Natürlich ist es richtig, wenn wir unsere sehr geschätzten bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen daran erinnern, dass die hohe Qualität, von der ich überzeugt bin, dass auch Sie sie in der Bildungspolitik wollen, nicht gratis zu haben ist. Ich bin überzeugt, in der Budgetdebatte vom Dezember zu hören - und das geht dann nur um das nächste Jahr und nicht um die Hochschulpolitik -, dass dann niemand bereit sein wird, die 3 % Steuerrabatt, die wir denen, die es nicht brauchen, immer noch geben, endlich mal wegzubringen. Ich bitte Sie: Denken Sie daran, wenn wir hier sparen und wenn Herr Markwalder wie ein kluger Hausvater, der er zu sein meint, uns hier vorrechnet, man könne nur ausgeben, was man auch hat, dann muss man sagen: Auch der kluge Hausvater nimmt manchmal Schulden auf und lässt seine Kinder studieren und denkt, sie hätten im Leben dann grössere Chancen und kämen weiter, wobei ich selbst vielleicht auch etwas davon habe, nicht nur Befriedigung. Das ist die Art, wie wir die Debatte hier führen müssen! Das sind Investitionen in die Zukunft. Das ist kein Schlagwort. Ich kann es auch anders sagen: Wir können es uns schlicht und einfach nicht leisten, keine gute Fachhochschule zu haben. Punkt. Fertig! Diese Fachhochschule wird kosten, und wir müssen es bezahlen. Ich bitte Sie, hier nicht doppelbödig und nicht doppelzünftig, nicht kurzfristig und nicht kurzfristig zu überlegen, sondern auf dem Niveau, auf welchem das Ganze hingehört, und sich entsprechend zu verhalten! Ich bitte Sie, den Antrag von Herrn Markwalder, den er sicher nicht böse gemeint hat, der aber kreuzfalsch in der Landschaft steht, abzulehnen!

*Vorsitzender:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr aus dem Plenum vor. Demzufolge ist es erlitten, über ein staatspolitisch wichtiges Thema, da bin ich mir schon sicher.

*Landstatthalter Peter Wertli:* 3 Vorbemerkungen: 1. Ich bitte Sie wirklich, im Moment nicht Parteipolitik zu machen, sondern Fachhochschulpolitik im Interesse unseres Kantons, unserer Wirtschaft und unserer jungen Generationen. Um das geht es im Moment und nicht um irgendwelche Parteigeplänkel, die hier abgehalten werden sollen. Wir sind uns doch alle in diesem Saal bewusst, dass Fachhochschulen im Prinzip das zentrale Projekt unserer Standortpolitik sind. Das ist doch die zentrale Feststellung!

2. Um was geht es im Moment? Es geht um strategische Zielsetzungen, die auf Jahre hinaus eine Marschrichtung festlegen sollen. Es geht im Moment nicht um umsetzbare operative Geschäfte. Daher ist es eben im Prinzip falsch, wie das Herr Brentano und Herr Bialek zutreffend gesagt haben, im Moment die konkrete Finanzplanung für diese strategische Zielsetzung verlangen zu wollen. Wir müssen diese Finanzplanung müssen wir selbstverständlich machen. Wir müssen sie aber aus einer Gesamtsicht machen, die eben nicht nur die Fachhochschulthematik betrifft. Das tun wir mit der Finanzplanung. Dann wird sich entscheiden, ob wir die Mittel bereitstellen können oder nicht, ob wir Abstriche vornehmen müssen usw.. Dann wird sich entscheiden, ob und inwieweit wir an unseren strategischen Zielsetzungen festhalten können.

3. Der Leitsatz 4 ist der Kernleitsatz dieser ganzen Ziele der Fachhochschulpolitik. Wenn Sie den streichen, dann können wir die Übung im Prinzip abbrechen. Da geht es doch darum festzuhalten, dass wir Fachhochschule von hoher Qualität wollen und um die faire Feststellung, dass wir dazu auch Mittel benötigen werden. Weil wir keine unbegrenzte Mittel haben, steht in diesem Leitsatz 4 eben, dass Schwerpunkte gebildet werden müssen, damit wir nicht einfach gieskanenartig unsere Mittel ausschütten, sondern wirklich gezielt einsetzen. Das Ziel dieses Mitteleinsatzes muss die Qualität unserer Fachhochschulen sein. Das ist doch eine zentrale Aussage und wenn Sie das wegstreichen, dann behaupte ich, hat sich der Aufwand wirklich nicht gelohnt.

Zu Herrn Markwalder: Was Sie mit der Kürzung mit diesem Leitsatz sagen, das ist eine Zurückversetzung anderer Bildungsbereiche, das ist überhaupt keine Zementierung des Standortes Aargau, - im Gegenteil! In diesem Leitsatz 4 sagen wir ja ganz bewusst, damit wir die ändern nicht übermässig einschränken müssen, dass wir Schwerpunkte bilden müssen. Wir sagen in diesem Leitsatz ganz bewusst, dass wir das für die Qualität tun müssen und wir sagen hier nichts über Standortentscheid aus, sondern wir haben in den vorherigen Leitsätzen festgehalten, dass das Ganze in unserer Philosophie einer Fachhochschule Nordwestschweiz passieren soll.

Zu Herrn Müller: Die finanziellen Konsequenzen wurden schon in der Kommission immer angesprochen. Ich meine nochmals in aller Deutlichkeit: Wir müssen uns über die Finanzen Gedanken machen, aber wir können das tun, wenn wir die Grundlagen für diese Finanzbetrachtungen haben. Die Grundlagen dafür sind die Finanzplanung unseres Kantons, wo wir unsere Finanzen, Sachpolitik und Finanzpolitik in einer Gesamtsicht sehen und würdigen können.

Ich bitte Sie eindringlich, dem Antrag von Herrn Markwalder nicht zu entsprechen. Sie würden dieser Zielsetzung der Fachhochschulpolitik wesentlich die Grundlage entziehen!

*Vorsitzender:* Herr Markwalder signalisiert, dass er seinen Antrag zurückzieht. Damit ist der Streichungsantrag erledigt. Wir kommen zum Ergänzungsantrag von Herrn Müller, der wie folgt lautet: "Diese Mittel werden weder durch Einsparungen in übrigen Bildungsbereichen noch durch Einsparungen in der Gesundheit und im Sozialen zur Verfügung gestellt."

*Abstimmung:*

Der Antrag Müller wird von einer offenkundigen Mehrheit, bei 37 befürwortenden Stimmen, abgelehnt.

*Vorsitzender:* Der Eventualantrag von Frau Widmer ist gegenstandslos geworden und damit erledigt. Damit sind alle Anträge bereinigt. Leitsatz 4 ist gemäss Wortlaut in der Mitte der Synopse beschlossen.

*Leitsatz 5*

Zustimmung

*Leitsatz 6*

*Doris Fischer-Taeschler, Seengen,* Präsidentin der nicht-ständigen Kommission "Fachhochschulen": Im Nachgang zu den Turbulenzen und Verunsicherungen unter der Dozenten-schaft, will die Kommission im Leitsatz 6 den Einbezug der Organe von Schulleitung, Dozenten- und Studentenschaft gesichert wissen. Einige Leserbriefe, Briefwechsel, aufge-regte Telefonate und Interpellationen hätten vermieden werden können, wenn die im Fachhochschulgesetz vorgese-henen Mitwirkungsrechte ernst genommen und respektiert worden wären. Der Regierungsrat stimmt dem Antrag der Kommission zu.

*Vorsitzender:* Hierzu liegt ein Antrag vor.

*Walter Markwalder, Würenlos:* Zuerst noch die Begründung zum Rückzug meines Antrages von vorhin: Ich habe mich aufgrund der Ausführungen des Herrn Erziehungsdirektors dazu entschieden und werde ihn aber auch auf dem Gesag-ten behaften.

Zum Leitsatz 6: Nach meiner Meinung ist der Leitsatz 6 kein Leitsatz, sondern ein Auftrag, dem Grossen Rat die weitere Diskussion und Entscheidung zu ermöglichen. Ich möchte, dass die Behandlung und Entscheidungsfindung in dieser Sache in der laufenden Legislatur gemacht werden kann. Ich möchte auch, dass die Eröffnung der Fachhoch-schule Nordwestschweiz baldmöglichst stattfinden kann. Deshalb beantrage ich Ihnen, dass der Leitsatz 6 als Auftrag dem Regierungsrat überbunden wird mit einem Zusatz, dass er zeitlich befristet wird. Der Auftrag heisst dann: "Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat im Jahr 2000 ein Gesamtkonzept... (wie Vorschlag Kommission)." Ich bitte Sie, der Umfunktion des Leitsatzes 6 in einen Auftrag zuzustimmen.

*Vorsitzender:* Es liegen dazu keine Wortmeldungen aus dem Plenum vor.

*Landstatthalter Peter Wertli:* Wir haben in diesem Saal vom Standortkonzept kantonale Schulen auch schon gesprochen. Ich kann Ihnen sagen, dass das Geschäft beim Regierungsrat liegt und wir werden in einer Klausurtagung darüber beraten. Wir werden dieses Geschäft nachher in die Vernehmlassung geben können, weil es ein Geschäft von erheblicher Bedeutung ist. In diesem Sinne werden wir Ihnen die Stand-ortfrage jedenfalls im Jahre 2000 stellen, weil diese in die-сем Konzept enthalten ist. In diesem Leitsatz 5 geht es um die Aussage, dass wir uns auch standortmässig nicht verzet-teln wollen. Das ist leitsatzwürdig. Wir wollen unsere Fach-hochschulpotentiale zusammenfassen an einem bzw. an maximal 2 Standorten. Zu Herrn Markwalder: Ich kann zustimmen, wenn man sagt: Der Aargau fasst sein Potential an einem bis 2 Standorten zusammen. Er unterbreitet dem

Grossen Rat im Jahr 2000 den entsprechenden Bericht. Ich bin einverstanden, denn das wird geschehen.

*Vorsitzender:* Wir sind bei Leitsatz 6, Herr Landstatthalter. Ich nehme an, dass Sie das auch so gemeint haben?

*Doris Fischer-Taeschler, Seengen,* Präsidentin der nicht-ständigen Kommission "Fachhochschulen": Die Ausformulierung, ob das nun in einem Leitsatz oder in einem Auftrag sein muss, ist ein Streit um des Kaisers Bart. Es steht ja auch im Leitsatz, dass der Regierungsrat uns dieses Gesamtkonzept unterbreiten will. Wo ich mehr Mühe habe ist mit der Begründung, dass wir im Jahr 2000 oder 2001 eine Fachhochschule Nordwestschweiz eröffnen werden, ist gar nicht möglich, weil die Basler vor 2003 nicht wollen. Ich weiss nicht, von wo Sie da träumen, Herr Markwalder? Das ist einfach irrealistisch! Deshalb begreife ich die Begründung Ihres Antrages nicht. Den Auftrag an die Regierung unterbreitet man mit Leitsatz 6 und ich mache Ihnen beliebt, dabei zu bleiben.

*Walter Markwalder, Würenlos:* Wahrscheinlich hat da der Herr Landstatthalter etwas Unruhe gestiftet, als er plötzlich vom Leitsatz 5 sprach. Frau Kommissionspräsidentin: Ich habe nicht gesagt, dass die Eröffnung im Jahre 2000 zu erfolgen hätte, sondern dass diese Berichterstattung aus dem Leitsatz 6 im Jahre 2000 zu erfolgen hat, damit der Grosse Rat im Jahre 2000 die Behandlung weiterführen und seine Entscheidung treffen kann, damit baldmöglichst die Eröffnung der Fachhochschule stattfinden kann.

*Landstatthalter Peter Wertli:* Entschuldigen Sie, dass ich beim Leitsatz 5 war, das ging so rasch, ich habe das nicht einmal mitbekommen. Zur Terminplanung Jahr 2000: Wir haben eine Terminplanung mit Datum vom 6. September 1999 gemacht, die auch der Fachkommission zur Verfügung stand. In dieser Terminplanung haben wir festgehalten, dass wir im Jahr 2000 die interkantonalen Verhandlungen abschliessen wollen, ebenfalls wollen wir den Trägerschaftsvertrag erarbeiten, im Moment aktuell mit Solothurn, wenn das mit den beiden Basel gehen sollte, was ich nicht glaube, dann selbstverständlich auch mit den beiden Basel, wir wollen das Finanzierungskonzept im Jahr 2000 erarbeiten und dann ist es nach unserer Planung möglich - und die ist im Moment ziemlich realistisch - Ihnen in der ersten Hälfte 2001 das Gesamtkonzept vorzulegen.

Wenn Sie nun verlangen, das im Jahr 2000 zu tun, dann bin ich mir nicht sicher, ob wir die interkantonalen Verhandlungen bereits in dem Sinne abgeschlossen, den Trägerschaftsvertrag formuliert und die Finanzierung sichergestellt haben, dass wir Ihnen das noch im Jahre 2000 unterbreiten können. Ich bin dankbar und könnte Ihrem Antrag vollumfänglich zustimmen, wenn Sie umformulieren und sagen würden, bis spätestens Ende Juni 2001. Dann hätten wir keine Probleme. Dann passt das in unsere zeitliche Planung, die die Fachhochschulkommission kennt. Wir brauchen aber erst die interkantonalen Verhandlungen, die Ausformulierung des Trägerschaftsvertrages und die Aushandlung der Finanzierungsgrundsätze. Ich wäre dankbar, wenn wir das bis Ende Juni 2001 festlegen könnten.

*Vorsitzender:* Herr Markwalder: Sie dürfen nichts mehr sagen, nur noch nicken! Sind Sie einverstanden mit dem Vorschlag des Herrn Regierungsrates? Nein, also.

*Dr. Max Brentano, Brugg:* Die parlamentarische Systematik ist etwas durcheinander gekommen. Ich spreche doch am Schluss noch einmal. Ich vertrete hier die Kommissionsmeinung, diesen Leitsatz 6 so durchzunehmen, wie er ist. Der Zeitplan ist Bestandteil des Businessplans, nämlich der Auftrag, den sich der Regierungsrat gibt. Hier im Leitsatz 6 haben wir 2 Elemente: 1. Das Vorgehen einerseits und 2. im Rahmen der Gesamtkonzeption sind die Schulleitung, die Dozenten und die Studentenschaft miteinzubeziehen. Das ist ein Leitsatz! Es ist nicht einfach regierungsrätliche Arbeit, sondern das ist etwas, das im Verbund gemacht wird. Ich bitte Sie, diesen Leitsatz so zu verabschieden, wie er hier steht und in das Gesamtkonzept hineinpasst. Das Übrige ist ein Businessplan, den der Regierungsrat uns in der Kommission bereits vorgelegt hat.

*Vorsitzender:* Es liegen keine Wortmeldungen mehr dazu vor.

*Abstimmung:*

Der Antrag Markwalder wird von einer offenkundigen Mehrheit, bei 37 befürwortenden Stimmen, abgelehnt.

*Vorsitzender:* Damit ist Leitsatz 6 gemäss Wortlaut in der Mitte der Synopse genehmigt. Damit sind wir am Schluss der Detailberatung. Wir haben eine Differenz beim Leitsatz 3. Dort wurde auf Antrag von Herrn Killer beschlossen, dass die Tägerschaft mit Solothurn und den beiden Basel gesucht werde. Im zweiten Satz heisst es: "Sollte keine gemeinsame Lösung mit Solothurn zustande kommen usw.." Das ist nicht mehr synchron mit dem dem Antrag von Herrn Killer. Bereinigt müsste es heissen: "Sollte keine gemeinsame Lösung zustande kommen...usw." Ich bitte Sie, von dieser Bereinigung Kenntnis zu nehmen. Diese Schlussfolgerung ist konform mit dem Beschluss, den wir gefasst haben. Werden dagegen Einwände erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zu den Anträgen auf Seite 22 der Botschaft. Ich habe zu Beginn der Sitzung gesagt, dass der zweite Antrag, die Bereinigung der Leitsätze vorgezogen wurde. Ich werde Sie gemäss Antrag 1 dann zur Abstimmung aufrufen. Der Grosse Rat nimmt mit den beschlossenen Leitsätzen Kenntnis vom vorliegenden Gesamtbericht. Bevor wir das machen, liegt noch eine Wortmeldung vor.

*Geri Müller, Baden:* Das High-Tech-Rad ist auseinandergenommen worden, bevor es ins Rennen geschickt wurde. Keine oder keiner hat hier eine Ahnung, wie das zu bezahlen sein wird. Aber schon die meisten hier wissen, wo oder was Sie demontieren wollen, was Sie von unserem High-Tech-Rad wegnehmen wollen, damit es so bleiben soll, wie Sie sich das vorstellen. Darüber ist jedoch nicht offen geredet oder abgestimmt worden. So geht jeder nach Hause und trägt seinen persönlichen Sieg mit: Die einen haben eine Fachhochschule Technik ins Trockene gerettet, die andern eine Fachhochschule Pädagogik usw.. Klarheit herrscht hier nicht! Wieder stehen wir vor dem grossen Problem: Was haben wir heute eigentlich beschlossen? Wir haben beschlossen, dass wir später einmal darüber diskutieren werden, was das Ganze kosten soll, ob es das überhaupt kosten soll usw.. Wir haben eine Strategie verabschiedet, die unseres Erachtens überhaupt keine Strategie ist! Es ist ein Missverständnis auch bezüglich der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit heisst nicht, dass unsere Zukunft nachhaltig unter Fehlentscheidungen leiden soll. Nachhaltigkeit heisst, mit den vorhandenen Mitteln und Ressourcen so zu handeln, dass die

heutige und die zukünftigen Generationen damit zurechtkommen. Das haben wir heute nicht beschlossen. Es ist schwierig eine solche Strategie mitzutragen. Ich betone, dass wir das stets gemacht haben, dass wir die Fachhochschulen als Idee mitgetragen haben. Hier stehen wir aber vor einem Scherbenhaufen, weil wir immer noch nicht wissen, was Sie genau wollen! Ich hoffe, dass wir in weiteren Verhandlungen wiederum sachte das durchbringen, was wirklich Sinn macht. In diesem Sinne ist es keine Verabschiedung aus der Fachhochschulpolitik, aber eine klare Äusserung: So nicht!

*Doris Fischer-Taeschler, Seengen*, Präsidentin der nicht-ständigen Kommission "Fachhochschulen": Die Beratungen rund um die Fachhochschulen sind für mich persönlich, aber auch für viele meiner Kommissionsmitglieder eine grosse Herausforderung. Wir stellen immer wieder fest, dass wir mit diesem Geschäft in vielen Belangen Neuland betreten haben. Die Kommissionsarbeit ist anders, als in den "normalen" Fach-Kommissionen. Der Grosse Rat ist im Fachhochschulbereich tatsächlich in die strategische Planung und Ausrichtung miteinbezogen. Das hat auch die heutige Diskussion gezeigt und ist ebenso interessant wie schwierig.

Ich danke der Kommission für die konstruktive Zusammenarbeit, die Offenheit und Bereitschaft, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen, das Aushalten der oftmals unangenehmen Situation des Halbwissens und des forschen Tempos, das Durchhalten in diesem Prozess der Unsicherheit und Unruhe, die Toleranz auch gegenüber meiner unkonventionellen Sitzungsführung. Ich wünschte mir, dass für die Zukunft gerade so wesentliche Änderungen, wie wir sie heute getroffen haben, vielleicht in der Kommission vorgebracht würden. Ich kann noch nicht beurteilen, ob das, was wir heute verabschiedet haben, der Weisheit allerletzter Schluss ist oder ob wir uns da nicht Türen verschlossen haben, die für lange Zeit geschlossen bleiben werden. Ich befürchte, dass wir mit dem neuen Leitsatz 3 auch noch den Untergang von Brugg eingeläutet haben. Ich hoffe aber nicht, dass das so weit kommt!

Am Ende der Sitzungen ist jeweils nichts so sicher wie die Tatsache, dass nächstes Mal schon wieder grundlegende Änderungen und Fortschritte eingetroffen sind. Das erleichtert mir, den jetzigen Entscheid zu Leitsatz 3 etwas leichter zu nehmen, denn auch da werden noch Änderungen eintreffen.

Dank auch an Regierungsrat Wertli und seine Mitarbeitenden und an Dr. Alex Hofmann - mit Ruhe und Fachkompetenz beantwortet er Fragen und räumt Unsicherheiten aus. Zusatzpapiere stellt er jeweils schon prospektiv fertig - er weiss jeweils genau, wo der Schuh drückt, und liefert die verlangten Unterlagen im Handumdrehen; und last but not least an die Protokollführerin, Frau Barbara Leu: Die Kommission hat an der letzten Sitzung festgestellt, dass ihre Protokolle vorzüglich sind, sowohl inhaltlich, wie auch stilistisch und erst noch zeitlich. Das sind wir uns bei Kommissionsprotokollen in diesem Rat nicht immer gewohnt.

*Vorsitzender:* Wir kommen damit zur Abstimmung über die Kenntnisnahme.

*Abstimmung:*

Für Kenntnisnahme: 126 Stimmen.  
Dagegen: 7 Stimmen.

*Vorsitzender:* Wir kommen zur Abstimmung gemäss Ziffer 3 des Antrages.

*Abstimmung:*

Der Antrag wird von einer grossen Mehrheit gutgeheissen.

*Beschluss:*

1.

Der vorliegende Gesamtbericht wird zur Kenntnis genommen.

2.

Es werden folgende Leitsätze verabschiedet:

1.

Für den Kanton Aargau ist die Schaffung einer Fachhochschule mit Spitzenniveau und mit international anerkannten Ausweisen die vordringliche Aufgabe seiner Bildungspolitik. Die sich entwickelnden Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft setzen die Massstäbe.

2.

Der Aargau verfolgt das Ziel, konkurrenzfähige Positionen im FH-Bereich auszubauen, bisherige Stärken zu optimieren und zukunftssträchtige Positionen aufzubauen. Er stimmt seine Strategien im Rahmen des Schweizer FH-Netzes insbesondere mit den Kantonen BL, BS und SO möglichst optimal ab, ist bereit zu sinnvollen Arbeitsteilungen und zu qualitativer Konzentration des eigenen Angebots. Dazu gehört auch der Abtausch von Studiengängen. Er öffnet seine Fachhochschulbereiche für ausländische Studierende insbesondere aus Baden-Württemberg und strebt eine Beteiligung an internationalen Hochschulkooperationen an.

3.

Der Aargau strebt als ersten Schritt zur Bildung einer Fachhochschule Nordwestschweiz die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft mit Solothurn und den beiden Basel an. Sollte keine gemeinsame Lösung zustande kommen, wird eine eigenständige Lösung realisiert, wobei als Ziel die Bildung einer Fachhochschule Nordwestschweiz weiterverfolgt wird.

4.

Der Aargau will sich mit zusätzlichen finanziellen Mitteln im Fachhochschulbereich engagieren. Er konzentriert sich auf Schwerpunktbereiche und setzt seine Mittel prioritär für die Steigerung der Qualität seiner Fachhochschulangebote und damit seines Standortes ein.

5.

Der Aargau fasst sein FH-Potential mittel- bis langfristig in einer Institution an maximal zwei Standorten zusammen.

6.

Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat ein Gesamtkonzept mit Antrag zur institutionellen und standortmässigen Ausgestaltung des FH-Bereichs sowie zu den finanziellen Konsequenzen. Im Rahmen der Gesamtkonzepterarbeitung werden die Organe von Schulleitung, Dozenten- und Studentenschaft frühzeitig miteinbezogen.

3.

Der Regierungsrat wird eingeladen, nach Abschluss der interkantonalen Verhandlungen einen weiteren Bericht zu unterbreiten.

*Vorsitzender:* Ich danke der Kommission und ihrer Präsidentin für die geleistete Arbeit. Das Geschäft ist damit erledigt. Ich wünsche Ihnen und mir einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 17.00 Uhr.)

---